

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
und Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Beigabe monatlich 80 Pf.
zum Preis beider vierzehntägig. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
die Welt abgezogen vierzehntägig. M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Brüderstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Brüderstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zulassung werden die Gesetzteile bezahlt, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsablagen 20 Pf. Interesse müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 282.

Dresden, Donnerstag den 5. Dezember 1912.

23. Jahrg.

noch Aufforderung des Staatssekretärs des Innern Dr. Dehrlsd.
an die Sitzungen des Münchner Gewerbegeichts an die Unter-
suchung und Arbeitsermittler des Haugeswerbes zwecks Ein-
fluss auf Tarifverhandlungen gewandt.

Die Gelehrten beschlossen die albanische Küstenstadt Valona.
Der englische Vorschlag einer Botschaftskonferenz
wurde vom Regierung übermittelt.

Durch einen Befehl wurden auf der Deutschland gehörenden
Küste Russland große Verwüstungen angerichtet.

Die Ausnahmegesetze gegen Arbeiter und Jesuiten im Reichstag.

Zudem sich der Reichstag zwei Tage hindurch mit der
aktuellen Politik, d. h. mit dem Balkan-Krieg und dem
aktuellen Konflikt zwischen den europäischen Großmächten be-
schäftigte, begannen gestern die Beratungen über die
neue Politik, die sich auf zwei Fragen konzentrierten: auf
verbesserung der Arbeiter und der Jesuiten im Deutschen
Reich. Unter Reaktionstredner Genosse Dr. Frank gehelte,
dass der Staatssekretär für das Reichsschatzamt Kühn
und geschäftsmäßigen Ried seine Finanzpolitik verteidigt
in schwerer Weise das Verhalten der deutschen Regierung
gegen den Arbeitern und deren Verbündeten und zeigte
es mit beweiskräftigen Belegen, dass die Massen der
Arbeiter eine Ausnahmestellung einnehmen, indem sie zwar
rechneten alle Lohnen zu tragen haben, aber nur wenige
unter den ungeheuer großen Ausgaben des Reiches
zu bewenden werden. Herr Dr. Spahn, der nach ihm
sagte, beschäftigte sich aber ausschließlich mit dem
Arbeitsgesetz, so dass diese beiden Fragen das ganze Interesse
aus dem Anpruch nahmen.

Der Staatssekretär für das Reichsschatzamt präsidierte
die Finanzen des Reiches. Aber Genosse Dr. Frank wies
auf die Einnahmen nur bei den Posten eine Steigerung
an, die die breiten Massen belasten. Der verhältnismä-
sig Anteil an den Steuereinnahmen des Reichs habe
sich beispielhaft gezeigt, dass die breiten Massen ver-
loren. Nur habe der Staatssekretär angekündigt, dass
das Volk werde als Weihnachtsgeschenk eine Besitzsteuer
haben. Aber die Geheimministerie der Regierung lasse be-
merken, dass unter der Flagge der Besitzsteuer wieder neue
Massen eingeführt werden, die die breiten Massen treffen
und 180 Millionen für Heer, Marine und die Kolonien
auspendet werden, sieht der Staat ganze 100 000 M. für
die Zwecke vor und neben dem Zufluss für die Finanzierun-
gung der relativ winzige Summe von 1,9 Millionen

die Hinterbliebenen, die Witwen und Waisen. Aus diesen
Zahlen spreche die Wahrheit, dass die Massen zwar die
Lohnen zu tragen haben, aber nur wenig ihnen zugute
kommen. Die Arbeiter seien deshalb ganz angewiesen auf ihre
Oppositionen, die denn auch eine bewundernswerte Kultur
haben. Für die Zukunft der Nation werde deshalb
die kleinste Gemeinschaft nicht Bedeutung haben als alle
Oppositionen zusammen. Was tut aber die Regierung?
Was tun die scharfmaßigen Sozialdemokraten? Sie tun
nichts. Sie tun nichts, um die Arbeiterschaft zu schützen,
die den Arbeitern mögeln, die von ihren Rechten
absehen wollen. Genosse Frank wendet sich jedoch
an die Partei gegen die Gewaltspolitik des Militärs
und kommt auf die Volksversicherung zu sprechen.
Wie ist bisher die Regierung zu, wie private Versicherungs-
gesellschaften große Teile der ärmeren Bevölkerung in ver-
schiedenen Bereichen ausgesparten. Hatten doch drei Versicherungs-
gesellschaften innerhalb dreier Jahre 680 000 versicherte Polizisten
und Soldaten. Vittoria zahlte ihrem Direktor jährlich
ein Gehalt und verzögerte die Kapitalien der Teilhaber
um 20 Prozent. Anstatt es nun zu begründen, dass sich die
Arbeiter aufzustellen, um sich aus den Klauen dieser Gesell-
schaften zu befreien und die Pflichten zu erfüllen, die
die Regierung zulässt, haben 83 Vertreter der
Landesregierungen nicht für, sondern gegen die
Entscheidung genommen. Jetzt endlich sei die Regie-
rung ihrem Schlafe erwacht, nachdem die Arbeiter
ihrem Schlafe gewichen seien, auf die man sie früher
gewünscht hat. So habe sich in Deutschland bisher aber
nur Fortschritt vollzogen. Auch in der Jugendarbeit
der Sozialdemokratie voran. Weder weiß ferner auf
die Sozialdemokratie, Volksbühnen, Genossenschaften u. a.
Arbeiter, denen die Regierung und ihre Behörden nur
und kapitalistisch ledig zu Zwecken des Profitabends,
wegen der schweren Strafen verurteilte
sozialen Verurteilungen zu schweren Strafen verurteilte
gegenüber verlangte Genosse Frank einen
Sozialpolitik und eine Bekämpfung des immer
wachsenden Liberalismus durch eine Politik der
Familie. Obwohl das Zentrum in

Denau selbst Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter schaffte,
wurde die Sozialdemokratie für die Ausübung des Jesuitengesetzes
stimmen. Nicht die Jesuiten seien eine Gefahr für
die Kultur, sondern der Klerikalismus, der von den National-
liberalen wie von den Konservativen geführt und gesünderdert
werde, während er vor einer freiheitlichen, demokratischen
Entwicklung zurückweichen müsse.

Herr Dr. Spahn beschäftigte sich nun lediglich mit
dem Jesuitengesetz und der Tätigkeit der Jesuiten. Während
er erklärte, er sei der Sozialdemokratie dafür dankbar, dass
sie für die Ausübung des Jesuitengesetzes stimmen werde und
er deshalb sogar dem Genossen Frank alle die von ihm gegen
das Zentrum gerichteten „Vorwürfe“ verzeihen will, kündigte
er im Namen seiner Partei der Regierung die Freundschaft
für den Fall, dass sie mit dem Jesuitengesetz nicht bald voll-
ständig austräume. „Wir werden uns dementsprechend ein-
richten“, lautet der Schluss der Erklärung, die nun
den Reichstagslern auf den Plan rief. Auch Herr
v. Bethmann-Hollweg sprach energische Töne an und
warnte das Zentrum davor, die Jesuitengesetze zum „Edelstein
des politischen Programms“ zu machen. Über die Drohungen
von beiden Seiten erwiderte nur Heiterkeit im Hause, weil
edermann weiß, dass das Zentrum froh ist, wenn es noch
lange mit dem gegen die katholische Kirche gerichteten „Aus-
nahmegesetz“ freiben gehen kann, während die Jesuiten
längst im Lande sind, und andererseits die Regierung
ohne das Zentrum gar nicht auskommen kann, wenn sie
nicht mit der Sozialdemokratie arbeiten will. Sie hat nur die Wahl, den Vorberungen der sozialdemokratischen
Arbeiter oder denen des Zentrums Rechnung zu
tragen — und in dieser Wahl zieht die Regierung das Zentrum,
d. h. den Klerikalismus vor. Die Stimmung des Reichstags
war aus diesen Gründen nach den Kriegserklärungen von Dr.
Spahn und Bethmann-Hollweg so wenig ernst, dass der sonstige
Redner Graf Bessarow keine Aufmerksamkeit mehr
finden konnte. Die Debatte wird am Donnerstag indes fort-
gesetzt.

Liberaler Kindlichkeit.

Die nationalliberale Kölnische Zeitung bringt es fertig,
die Kriegserklärung des Zentrums gewaltig ernst zu nehmen.
Das Blatt schreibt:

Was bei dieser Politik des Zentrums an politischen, wirt-
schaftlichen und sozialen Folgen herausprangt, geht ganz auf das
schwierige Geschäft, in dem Machismo und getrockneten Partei. Die
schwierigen Geschäftsführer werden sich auch so führen lassen, wenn
sie bei der Sozialdemokratie ein vernünftiger Geist
wählen. Bei dieser wird es liegen, ob sie gemeinsam
mit den gesammelten Linken eine vernünftige, den Boden
der Tatsache nicht verlassende fortschrittliche Politik
treiben will, zu der sich jetzt die Regierung versteht
muss, oder ob sie durch ihre Hartnäckigkeit der partei-politischen
Russsprache folgt.

Das Zentrum hat schon so manches Mal im Reichstag
gegen die Regierung „Kriegserklärungen“ abgegeben. Man
denkt nur daran, wie sehr die Zentrumsmänner in Ent-
täuschung gemütht haben, als im Frühjahr sich der Kriegs-
minister von Heerlingen bei der Verabschiedung einer Duell-
angelegenheit eine Erklärung abgab, die allerdings geradezu
ein Dokument der Recht und Gesetz war. Über den starken Worten
der Zentrumsherren, die die entsprechenden Taten nicht
folgten. Und da bildet sich die Kölnische Zeitung ein, das
bedrohte Zentrum würde wegen der Jesuiten zu einem grimmigen
Oppositionspartei werden. An der Regierungsspitze ist's doch
schön, von selbst wird das Zentrum dort seinen Platz nicht
verlassen. Dochstens wenn es merken würde, dass die Regierung
mit ihm nichts mehr zu tun haben will, würde es ungemeinlich
werden. Davon kann doch aber nach den Erklärungen
Bethmann-Hollwigs keine Rede sein.

Und was denkt sich die Kölnische Zeitung mit ihrer Ver-
merkung von dem vernünftigen Geiste, den sie in den Sozial-
demokraten wahrten sehen will.

Sagt die Kölnische Zeitung wirklich so naiv, dass sie es
für möglich hält, die Sozialdemokratie werde ihren Wider-
stand gegen Militarismus und Nationalismus aufgeben, nur
damit sie so etwas Vernünftiges wie eine Regierungspartei werden
kann! Was für merkwürdige Vorstellungen mag man sich in
der Redaktion der Kölnischen Zeitung von der Sozialdemokratie
machen?

Und schließlich gehört doch eine unglaubliche Kindlichkeit
dazu, zu erwarten, dass Bethmann-Hollweg und die Seinen
es fertig bringen könnten, eine halbwegs fortschrittliche Politik
zu treiben. Erstens sind Bethmann-Hollweg und seine Leute
Junger und Agarier vom Scheitel bis zur Sohle. Außerdem
würde es mit Bethmanns Reichstagsanhängerlichkeit bald zu
Ende sein, wenn er sich wirklich erfüllen wollte, dauernd
anders zu tanzen, als seine junfernlichen Tanzmeister es ihm
vorstellen, selbst wenn er im Reichstag sich auf eine kleine
Mehrheit der Linken stützen könnte. Dazu sind die Ritter und
ihre Verbündeten die Feinde, der Hof und in der Verwaltung
zu nennen. In der Redaktion der Kölnischen Zeitung steht
man offenbar schon im Traum, wie die nationalliberale Partei
in Deutschland die führende Regierungspartei geworden ist;
die Sozialdemokratie haben sich in zahme Lämmer verwandelt,
die selbst halb und halb nationalliberal geworden, ihren ganzen
Ehrgeiz darauf setzen, den Nationalliberalen Erfolglosigkeit zu

leisten. Und Bassemann und Schiffer haben über Deutschlands Wohl und Wehe zu entscheiden. Ein schöner Traum,
der wohl geeignet ist, ein nationalliberales Mannesherz höher
schlagen zu lassen. Nur schade, dass es eben nur ein
Traum ist.

Um einen politischen Umschwung in Deutschland herbeizuführen, gehört wirklich mehr als ein Bank zwischen
Regierung und Zentrum. Dazu ist es nötig, dass das
deutsche Volk den Junfern und Pflastern noch viel mehr misstraut,
als es das bei den letzten Wahlen getan hat, sie müssen
zu Vaaren getrieben werden, das ihnen Hören und Sehen
vergeht. Wenn die Nationalliberalen dabei helfen würden,
hätte gewiss niemand was dagegen. Aber bisher sind die
Nationalliberalen fast regelmäßig den argsten Reaktionären
nachgelaufen und haben ihnen so oft aus der Tasche geholt. Und so wird's auch in Zukunft bleiben. Sind doch
im Grunde genommen die Herren Nationalliberalen trotz des
schönen Wörtchens liberal im Partienamen nicht viel weniger
reactionär und volksfeindlich als die Schwarzbuben.

Der Gesetzentwurf über die Jugendgerichte.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag nun einen
Gesetzentwurf über das gerichtliche Verfahren gegen Jugendliche
vorgelegt, der im wesentlichen die Bestimmungen ent-
hält, die schon einmal dem Reichstag zur Beratung vorgelegen
haben. Die Entwürfe zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur
Strafprozeßordnung, die den Reichstag in der verflossenen
zwölften Legislaturperiode beschäftigten, enthielten Vorschriften,
durch die das Verfahren gegen Jugendliche eine besondere
Regelung erfahren sollte. Sie bewegten im wesentlichen die
Bestrafung Jugendlicher auf Fälle, in denen erzieherische Ma-
ßnahmen nicht ausreichen, zu beschränken, die Verführung der
Jugendlichen mit den Strafgerichten möglichst zu verhindern. Da diese Strafprozeßentwürfe im Reichstage nicht verabschiedet
wurden und nach dem gegenwärtigen Stande der die
Reform des Strafrechts betreffenden Arbeiten mit einer grund-
legendem Umgestaltung des Strafverfahrens in naher Zeit
nicht mehr gerechnet werden kann, so hat die Regierung für
die Jugendlichen ein besonderes Gesetz ausgearbeitet.

In Amerika und in England sind bereits seit längerer
Zeit besondere Jugendgerichte eingerichtet und mit hervor-
ragendem Erfolg tätig. Nur zögern und mangelhaft folgte
Deutschland dem Beispiel des Auslandes, indem die Justiz-
verwaltungen der Bundesstaaten bei den Amtsgerichten größerer
Orte besondere Abteilungen für Jugendliche einrichteten. Diese
Jugendgerichte könnten in Deutschland aber nur eine be-
schränkte Wirksamkeit entfalten, weil ihre Zuständigkeit eng
begrenzt und ihre Tätigkeit an die Vorschriften der geltenden
Strafprozeßordnung gebunden ist.

Nach dem jetzt vorliegenden Entwurf sollen für Straffällen
gegen alle Personen, die noch nicht 18 Jahre alt sind, bei den
Amtsgerichten, soweit ein Bedürfnis besteht, besondere Jugend-
gerichte gebildet werden. Zu Schöffen bei diesen Jugend-
gerichten sollen Personen berufen werden, die in der Jugend-
erziehung besonders erfahren sind, auch Volksschullehrer.
Offentliche Klage soll gegen einen Jugendlichen nicht erhoben
werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen einer
Bestrafung vorgezogen sind. Wird keine Klage erhoben, so
ist die Sache an die Vormundschaftsbehörde abzugeben, die
den Jugendlichen, falls sie ihn für schuldig befindet, ermahnen
oder einer Erziehungsbehörde übergeben oder unter die Auf-
sicht eines Fürsorgers stellen kann. Der Entwurf bestimmt
ferner, dass den jugendlichen Angeklagten ein Verleidiger von
Amts wegen gestellt werden muss, dass die Offentlichkeit beim
Verfahren ausgeschlossen werden kann, dass die Jugendlichen
sowohl bei Gericht wie in etwa verhängter Untersuchungshaft
mit erwachsenen Rechtsbrechern nicht in Verbindung kommen
sollen.

Diese Grundzüge des Gesetzes sind bereits von der
Sieben-Kommission des Reichstags in der letzten Legislatur-
periode durchberaten und angenommen worden, so dass die
Erledigung des vorliegenden Entwurfs im Reichstag keine
Schwierigkeiten haben wird. Das Gesetz wird zweifellos auch
einen Fortschritt bringen. Aber ob es die wohltätigen Wir-
kungen haben wird, die von ihm erwartet werden, das hängt
angewandt werden wird — und von den weiteren
Einrichtungen, die notwendigerweise geschaffen werden müssen,
wenn die vorgesehenen Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen
einen Zweck haben sollen. Professor Dr. Gustav Althaf-
burg hatte gute Gründe, dass er im letzten Juliheit seiner Monats-
schrift für Kriminallpsychologie und Strafrechtsreform davor
warnte, jetzt schon ein Jugendstrafgesetz zu schaffen. Seine Be-
fürchtungen gegen die Reform des Jugendstrafrechts gingen dahin, dass er
von den heutigen geübten Faktoren keine Reform erwartet,
wie sie notwendig wäre. Vielleicht von dem, was er sagt, ist
auch die vorliegende gesetzliche Regelung zu beachten. Dies
Recht stellt er fest, dass die Fürsorgeerziehung sich bei uns in
Deutschland vielfach nicht von der Strafe unterscheidet, und
dass nicht nur in den Augen der davon Betroffenen und
weiteren Kreise des Publikums, sondern auch der Behörden.
Das beweist ein Erlass des preußischen Ministeriums des

Str. 27

hr!

Handlung

sche

Beliebten

reißtir. 9.

id Frau

achsell

Jahr!

d Frau

nisch

1

wissen

erster Str. 28

he

hsat

wohnbau

erfur 5940.

ahr

Frau

79.

O!

en.

jahr !!

ersonal.

Hech

Str. 38.

Streben

ten

ger u. Frau

en-handlung

er Straße 90

Stroche.

jahr!

St. Gruhl

zz-Kanal

die 10.

he zum

schief

er. Schleifer

z. u. Frau

en. Damen

z. 22.

ss

jahr!

St. Schule

der 10.

Einwohner von Oberpfefferwitz.

Sonnabend den 7. Dezember, abends 9 Uhr
im Gasthof Haake, Oberpfefferwitz

Oeffentl. Einwohner-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung. Referent: Genosse Lammass.
2. Bericht der Gemeindevertreter. Zu jedem Punkt Debatte. Einwohner! Wähler! Besuch gute Versammlung zahlreich. Der Einwohner. Oeffentliche politische Versammlung. Otto Hering, Oberpfefferwitz.

Verband der Fabrikarbeiter. Zahlst. Pl. Grund.

Sonntag den 8. Dezember, nachm. 2 Uhr, in der "Roten Schänke" in Döhlen

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorträge der Gewerber über gewerkschaftliche Themen. 2. Wahl eines Beamten für den Bezirk Freiberg. 3. Verbandsangelegenheiten. Einer zahlreichen Delegation steht entgegen die Verwaltung. Die Anstellungskommission. Die Mitgliedsführer sind am Saaleingang vorsitzende.

Soziald. Verein Dresden-Alst.

Freitag den 6. Dezember, abends 8½ Uhr

Gruppen-Versammlungen

1. Gruppe: Restaurant Burgkeller, Südenhof 1
Vortrag des Genossen Häßler: „Die Verwaltung einer Großstadt“.
2. Gruppe: Restaurant Starle, Böllnerstraße 35
Vortrag des Genossen Niem: „Streifzüge durch den sächsischen Landtag“.
3. Gruppe: Adams Restaurant, Rausbachstraße 16
Vortrag des Genossen Menzer: „Die sozialen Grundlagen der Stilentwicklung“.
4. Gruppe: Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
Vortrag des Genossen Leibner: „Widersprüche kapitalistischer Produktion“.
5. Gruppe: Dresdner Volkshaus, Ritterbergstraße
Vortrag des Genossen Winkel: „Handelspolitik und Handelsverträge“.
6. Gruppe: Restaurant Bormann, Schnorrstr. 62
Vortrag des Genossen Größlich: „Aus dem mazedonischen Wetterwinkel (Reiseerlebnisse und politische Verhandlungen)“.
7. Gruppe: Sport-Ecke, Pfeuhauerstraße 77
Vortrag des Genossen Sud: „Die Reichsversicherungs-Ordnung“.
8. Gruppe: Restaur. Rühnel, Zwidauer Straße 31
Vortrag des Genossen Götzen: „Die Entwicklung des Verkehrswesens“.

Bericht des Vorstandes — Diskussion

Die Versammlungen beginnen um 8½ Uhr.

Rur Mitglieder haben Eintritt.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Ortsbüro: Weißigstr. 4, gegenüber dem Rathaus. Dienstags 8—1 Uhr und 2—6 Uhr. Sonntags bis 7 Uhr. Telefon: Kurs. 1774.

Bezirk Potschappel und Umgegend.

Sonnabend den 7. Dezember, abends 9 Uhr. Mitglieder-Versammlung im „Hirs“ zu Potschappel. Tages-Ordnung: 1. Dritter Vortrag über die Geschichte des Sozialismus. Vortragender: Genosse Herm. Kleiner. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. Proklamierung der Gemeinderatsabstimmung von Potschappel. Wahl der Kinderbeschaffungskommission. Beitragsangelegenheiten. — Die Genossinnen und Genossen werden erfreut, wieder zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Die Feuerbestattung im Lichte von Recht, Religion u. Ästhetik

Vortrag mit Sichtbildern, gehalten von

Dr. Weigt - Hannover

Donnerstag, 12. Dezember 1912, abends 8 Uhr
im alten Stadttheaterhaus, Gaußstraße 7.
Eintritt frei!

Gintritt frei!

E. Schurigs Restaur.

14 Stiftstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Telefon: 737. Schlachtfest
Verkehrs-Lokal der Modelleisenbahn.

Jakob Kranz
Frisch - auf - Schänke
Königstraße 17. Tel. 1702
hält sich gute Einkehr best. emp!

Lindengarten

Königstraße 121
Beste Einkehr. Weg nach Bellersheim-Zollschule u. zurück
Vorzügliche Speisen und Getränke

Restaur. zum gemütlichen Eisenbahner

28 Güterbahnhofstraße 28.
Neue Bewirtung! —
Empfehlen unter besonderer Beachtung.

Freitag und **Schlachtfest**
Es haben ergeben ein
Rath. Walther u. Grau.

Kino Leuben-Laubegast

empfiehlt sich einer geeigneten Beachtung.

Die Direktion.

Verlag Raden & Comp., Dresden-Al.

Große Zwingerstraße 12/14

Heute ist erschienen:

Rrieg

Ein Buch der Not

Dem Willen zum Frieden gewidmet von
Franz Dieberich

Mit Bildern von Voeltlin, Goya, Klinger u. Weretschagin
104 Seiten 8° 1.25 M.

Dieses Buch ist aus der proletarischen Massenbewegung gegen den Krieg hervorgegangen und will als ein Teil dieser Weltbewegung weiterwirken. In wuchtigen Schilderungen, von den bedeutendsten Dichtern aller Länder geschrieben, entrollt es das Bild des Krieges. Der Wahrschau ist in Born und Hohn eindringlich. Das Wort gegeben. Wichtig wählt die Fortsetzung, die wir an die Zukunft stellen, über die Grenzen des Kriegsbarbarei empor.

Für unsere geehrten Abonnenten von Viechen, Nieden, Radis, Leipziger und Leichenberge liegt der heutige Nummer ein Prospekt der Musikwarenhandlung Emil Dräger, Viechen, Olbersstraße 2, bei, auf den wir hiermit hinweisen.

6 Prozent Rabatt in Marken

getragen werden. — Außerdem verabreichen wir bei Zahlung der Rabattmarken noch

wertvolle Geschenke.

Einladung!

Hierdurch laden wir alle unsere werten Freunde, Brüder und Schwestern für **Sonnabend den 7. Dezember** zur Eröffnung unseres Restaurants

„Zum Afrikaner“

Dr.-Striesen, Ecke Wittenberger und Ermelstraße ergeben ein. Es wird unter eifrigem Betreiben sein, um Gäste nur mit besten Speisen und Getränken zu bewirten, um wie das früher Wohlwollen uns auch hier zu bewahren. Hochachtungsvoll Karl Maßne und

Schneiders Restaur. zum Stifts

Wettinerplatz 4, Ecke Stiftstraße. Von Freitag den **Einzugs-Schmaus** bis **Schlacht** — Schneiderleib u. Frau. Reicher: Bis 1

Musenhalle

Elusiges Varieté und Volkstheater des Dresdner Westens. Täglich abends 8:10: Mit großem Erfolg aufgenommen.

Moderne Töchter.

Romöde in 3 Bildern. Kind der vorzüglichste Holzteil. In den Saalen **Kino-Sinlagen**: Das Rechte. Sonntags 3 Vorstellungen.

11—1 Uhr Matinee: Vorstellung mit Kino-Sinlagen. 4—7 Uhr nachmittags: Ein Kind in Begleitung der Eltern frei. Volles Programm.

8—11 Uhr: Abend-Vorstellung. Montags u. Montags.

Im Ballsaal: Beste Ballmusik d. Umgebung

Verantwortlich für den zentralen Teil:
Max Gack, Dresden-Althoff. Verantwortlich für den Unterortsteil:
Reinhold Giebel, Dresden. Druck und Verlag: Raden & Comp. Dresden

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

für die bevorstehende

Weihnachts-Bäckere

empfehlen wir in seit Jahrzehnten anerkannt erstenklassigen Qualitäten:

Rosinen

in besserer, gesunder Qualität:

Elemé-Rosinen, Pfund von 36 Pf. an
Sultania-Rosinen, Pf. v. 48 Pf. an
Amalias-Korinthen, Pfund 38 Pf.

Mandeln

Prima süsse . . . Pfund 125 Pf.

Handgeklaubte süsse, Pf. 140 Pf.

Bestbittere . . . Pfund 130 Pf.

Beste Haselnusskerne, Pf. 112 Pf.

Weizenmehl

in seit Jahren bewährten, ausgiebigen anderen Qualitäten:

Pfund von 17 Pf. an

besonders empfehlen wir aber das herausragend zu Weihnachten geeignete Echte ungar. Kaiser aus Zugmelone. Pfund 27 Pf.

Kartoffelmehl, Pfund. weit. Pf. 18 Pf.

Als bestes

Backzucker

empfehlen wir

Beste seiles. gem. Raffinade

blaue Urtypadung mit Zinnaufdruck . . . Pfund nur 23 Pf.

Nicht zu verwechseln mit den geringen Weißzuckerarten, die wir — soweit der Rat reicht — mit 22 Pf. pro Pfund abgeben.

Beste Puder-Raffinade

Pfund 27 Pf.

Echter indischer Rohrzucker

Pfund 34 Pf.

Echte Bourbon - Vanille

Stange 18, 25 und 30 Pf.

Glas mit 3 Stück 75 und 90 Pf.

Zur freundlichen Beachtung! Wer Giuliani, die zuverlässige, ausgiebige und günstige Wälder verwendet, wird immer am besten bewahrt bleiben. Wir haben auch in diese Jahre alle Badgutaten in tadeloser Qualität beschafft und die Preise hierfür billig festgestellt. Dabei bitten wir zu berücksichtigen, daß alle von uns verkauften Waren zu beträchtlich verbilligt werden dadurch, daß wir auf unsere billigen Preise noch

6 Prozent Rabatt in Marken

gewähren, welche jetzt in bar eingelöst werden. — Außerdem verabreichen wir bei Zahlung der Rabattmarken noch

wertvolle Geschenke.

Sächsische Angelegenheiten.

Im Landtage

wurde am Mittwoch zunächst über eine Petition des liberalen Beirats und der Göttinger für Vermehrung der Ver- und sozialdemokratischen Seite unter fristlosem Streichen dagegen entschieden, daß die Regierung eine Vorlage für die Reform der Sozialversicherung sofort bereitwilligst zurückgezogen und dadurch die zweite Kammer sofort besauvoriert habe. Für die Regierung ludte Geheimrat Röder eine Verteidigung ihres Verhaltens anzuregen, wenn er es ausführte, die Regierung hätte bei der Überlassung des Landtags mit Gesetzesvorlagen nicht für zweckmäßig gehalten, ein aufsichtsloses Gesetz zu verleidigen. Im übrigen sei es das jetzige Wahlrecht zum Landeskulturrat, das den kleinen Bauern entscheidenden Einfluß gebe. Schließlich entwölfe sich eine Agrararbeitskasse, in der sich einige konservative Redner darüber ereiferten, daß die Liberalen den Bauern mehr Sicherheit gewährten, die sie gar nicht verlangt hätten. Gleichzeitig verteidigte sie auch gegen die Mädchenschulbildungswelle, die Nationalliberalen auch den bürgerlichen Ge- und Erwerbsgruppen nachteilig beklagte. Nachdem ein sozialdemokratischer Vertragungsantrag abgelehnt war, wurde der Antrag auf Bewilligung der 35 000 M. für die Mittelstands-Einziehungskämmer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Dr. Sieche angenommen.

Der sozialpolitischen Bedeutung war der Bericht der Sozialdeputation über einen sozialdemokratischen Antrag auf Anstellung eines Landesgewerbebeamtes. Nach dem Antrag der Deputation, die die Bedeutung eines solchen für die Gewerbebehörde und Gewerbeaufsicht in einem schriftlichen Berichte darlegte, sollte die Forderung der Regierung zur Verstärkung überwiesen werden. Im Grunde wendete sich alle Redner für den Landesgewerbebeamten aus, im Nationalliberalen Niedammer aber ging der Deputationsantrag zu weit, er hätte den Antrag der Regierung am liebsten nur zur Erwähnung übernommen, wohl in der Hoffnung, daß es dann mit dem Landesgewerbebeamten gute Weile habe. Niedammer ist von der gewerbe- und industriellen Tätigkeit überhaupt nicht recht erhabt. Er hält darüber die Voreingenommenheit gegen ihn, die Industrie gegen alle Gewerbeaufsicht haben. Nach diesen Be- stellungen hat sich Genosse Reimling veranlaßt, die Aufgabe eines Landesgewerbebeamten unter Hinweis auf die in einem Staaten gemachten Erfahrungen eingehender darzulegen. Schließlich wurde der Deputationsantrag angenommen, gleichzeitig zeigte der Beschluss auch bald eine praktische Tat, die in diesem Falle nur in der Anstellung eines Landesgewerbe- beamten bestehen kann.

Eine neue Mittelstandsfomödie.

Obwohl man mit dem famosen Submissionsamt einen ganzen Neinfall erlitten hat, planen die Mittelständler deshalb mit Staatshilfe eine ähnliche Gründung, nämlich Einziehungskämer, wozu der Vater Staat 35 000 M. geben soll. Das bezweckt der Antrag Bär und Genossen, der noch als Ladenvitrine vom Frühjahr her der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer zur Bekämpfung vorliegt. Damals hatte man diesem famosen Antrag — von dem nicht einmal die erbaut sind, die den Namen dazu tragen müssten! — eine Begründung gegeben, die der reine Hohn auf die so vielgerühmte Selbständigkeit des Handwerks ist. Die Einziehungskämmer sollen auch die Durchführung im Handwerk, Gewerbetreibenden u. v. besorgen, die Rechnungen herausziehen, kurzum ihre gesamten kaufmännischen Geschäfte besorgen.

Die Mittelständler hätten eigentlich weiter nichts zu tun, als die Arbeit, die ihnen das Submissionsamt zuteilen will, auszuführen, abzuliefern und das Geld dafür einzufordern. Aus dem Mittelstandspolitikus wird aber nichts werden, weil die wirklich armen Teufel davon gar nichts profitieren können. Der Hall Königsschlüssel ist ein wirtschaftlicher Beweis davon, wie "gemeinnützig" das Submissionsamt für den Mittelstand "arbeitet". Bereits in der jüngsten Verhandlung in der Finanzdeputation A wiesen die Sozialdemokraten auf die Sinn- und Zwecklosigkeit der wirtschaftlichen Mittel hin, die wohl einigen Personen im Mittelstand vereinigt ein bequemes Unterkommen bieten, für die Handwerker speziell aber keinen Schutz mehr sind.

In der gestrigen Sitzung der Deputation hatten es die sächsischen Mittelstandspolitiker durchaus eilig, die Gesetze noch vor Toreschluss unter Dach und Fach zu bringen. Am liebsten wäre es dem Deputationsvorsitzenden Dr. Hähnel gelungen, wenn nach dem Vortrag des Berichterstatters Abg. Dr. Mangler über die Bewilligung der 35 000 M. sofort abgestimmt worden wäre. Und den Bär und Schwager usw. war wirklich nicht danach, sich in der Debatte besonders zu beschäftigen. Was danach aus einer Entschließung des Vorstandes der Mittelstandvereinigung vorgetragen wurde, wird ebenfalls der staunenden Welt noch eingehender zur Kenntnis kommen. Nur so viel sei gesagt, daß die Denkschrift den Teil der Mittelständler, dem die Einziehungskämmer zugute kommen sollen, gewissermaßen als vollendete Trotzkarikatur, die nicht rechnen und nicht schreiben können und entweder zu faul oder physisch und geistig indolent nicht fähig sind, die Dinge zu verrichten, die ihnen schon in Bildungs- und Hochschulen beigebracht worden sind.

Diesem als ungurechnungsfähig geltenden Teil des Mittelstandes diese Tätigkeit abzunehmen und ihn durch die Betreuung seiner Außenstände materiell über Wasser zu halten, bemühten sich gestern Konservative, Liberale und Fortschrittskinder in traumtem Verein. Und die Regierung, die kein Geld hatte, als es galt, für die Tuberkulosefürsorge Mittel zu bereitstellen, die nur lumpige 30 000 M. für die Krüppelfürsorge hergeben konnte und sich mit einem Eifer gegen die Übernahme der Volksschullasten, die für den Staat keine Mehrbelastung, wohl aber eine bessere Verlastung der Lasten für die armen Gemeinden darstellte, sträubte, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, die batte auf einmal Geld für dieses fragwürdige Mittelstandsgesetz.

Unter Genossen in der Deputation säumten nicht, an der Zahl ihrer Erfahrungen den bürgerlichen Vertretern die Unmöglichkeit und Zugelassenheit dieser neuen Gründung der Mittelstandvereinigung vor Augen zu führen und nachzuweisen, wie Handwerker von einer sozialen genossenschaftlichen Organisation Vorteile erwarten könnten, aber nicht mit so untauglichen Mitteln, gegen die man sich im Interesse der Steuerzahler schon aus praktischen Gründen wenden müsse, weil sie eben den Ser-

vissimus, mit dem nach dem Abg. Dr. Sieche der Deutsche befreit sei, nicht befreiten, sondern vermehrten.

Die Konservativen und Fortschrittskinder — das Verhalten der letzteren war ein reines Trauerspiel! — stimmen selbstverständlich mit Hurra für die 35 000 M. Die Nationalliberalen waren so "einig", daß Niemand mit seinem warmen Mittelstandsherzen sich ebenfalls begeistert für die Staatsubvention erklären, während Dr. Göppel die staatlich unterstützte Einziehungskämer schon als ein Stück "sozialdemokratisches Zukunftstaat" darstellte und wie sein Parteikollege Dr. Sieche die Subvention als zwecklos und für andere Erwerbsgruppen nachteilig befürchtete. Nachdem ein sozialdemokratischer Vertragungsantrag abgelehnt war, wurde der Antrag auf Bewilligung der 35 000 M. für die Mittelstands-Einziehungskämer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Dr. Sieche angenommen.

Im Plenum wird man sich wieder strecken.

Über das Kirchen- und Schulsteuergesetz

hat die Zwischendeputation der Ersten Kammer neben einem Drucksbericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß sie mit einer Ausnahme den Beschlüssen der Zweiten Kammer beigetreten ist. Das gilt besonders auch von der Besteuerung des Grundbesitzes Andersgläubiger und Dissidenten. Danach sollen nur die Andersgläubigen keine Grundsteuern an die evangelische Landeskirche zahlen, die einer Religionsgemeinschaft angehören, der das Recht der Steuererhebung zusteht. Die Zwischendeputation hat hier den Vortrag abgespielt, den ihr die Wehrheit der Zweiten Kammer gegeben hat, als sie die Regierungsvorlage verschlechterte, die die Befreiung Andersgläubiger von kirchlichen Grundsteuern überhaupt vorstellt.

Dagegen wollen die Pairs die von der Zweiten Kammer gestrichenen Vorrechte der Rittergüter wieder nach der Regierungsvorlage herstellen. Ferner ist ein angelegter Zufluss zum § 2 gestrichen, wonach die bürgerlichen Gemeinden bei Beschlüssen der Kirchengemeinde, die zu einer außerordentlichen Belastung führen, gehörig werden sollen; auch ist die Bischöflichkeit gefallen, wonach die Kirchen- und Schulgemeinden ihren Bedarf höchstens bis zu 85 Prog. durch die Einkommenssteuer decken dürfen.

Einigermaßen gespannt kann man darauf sein, wie sich die Nationalliberalen zu den Vorrechten der Rittergüter verhalten wollen. Seither haben sie ihre Befreiung als eine für grundjährige Forderung erklärt. Wenn sie fest bleiben, wird es noch einen interessanten Kampf um die Rittergutsteuerrechte geben, daran können Kirchen- und Schulsteuergesetz leicht scheitern. Es wird aber wohl sowieso nicht kommen. Die Nationalliberalen werden sich gewiß wieder einmal brechen. Das wird ihnen nicht besonders schwer fallen, seitdem sie beim Volksstuhlgesetz dem Rittergutsbesitzer das Vorrecht auf einen Sitzen im Schulvorstand zuerkannt haben.

Vom sächsischen Landesgesundheitsamt.

s. Das neugegründete sächsische Landesgesundheitsamt hielt in den letzten Tagen seine erste erweiterte Sitzung ab. Es wurde da mitgeteilt, daß zurzeit eine Landesinfektionsordnung aufgestellt werde, die u. a. die Kosten für Wohnungseinfection den Gemeinden auferlegt. Durch ministerielle Verordnung ist die Zahl der angepeitschten Krankheiten erweitert worden. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand war eine vom Ministerium gefielte Anfrage, ob der schon 1907 fertiggestellte Entwurf für eine neue ärztliche Gebäudeordnung dahin eingeführkt werden könnte, daß er für die ärztliche Verhandlung auf Kosten der gelegischen Krankenanstalt nicht gelte. Die Debatte darüber war sehr lebhaft. Es wurde schließlich eine Erklärung des Hofrats Dr. Hähnel in Dresden angenommen. Darin heißt es u. a., daß der Verstand die "Zumutung" mit aller Entschiedenheit zurückweist. Durch sie würde die Gebühren-Ordnung für 90 bis 95 Prozent der Bevölkerung außer Wirkung gehe. Die Erhaltung eines berufsfreudigen und wirtschaftlich gesicherten Arztkolleges liege im "nationalen" und sozialen Interesse. Hierauf erklärte der Ministerialdirektor Dr. Kumpel, das Ministerium habe mit der Anfrage nur Klarheit schaffen wollen. Im Anschluß an diese Aussprache wurde ein Antrag beschlossen, das Ministerium zu erlauben, die geplante neue Gebäudeordnung für Ärzte möglichst umgehend zu erlassen. Der Vertreter des Ministeriums sagte Engegenkommen zu.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen wurde ein Antrag angenommen, der den Ausschluß offizieller Kinder vom Schulbesuch und die Bekämpfung der Tuberkulose in diesem Alter überhaupt betrifft. Ein anderer Verhandlungsgegenstand beschäftigte sich mit dem Betrieb fabrikmäßiger hergestellter Heilmittel und dem Einwenden von Gegenständen aus den Apotheken in bedrohte Fleckeneipäperei. Gegen Gebammten, welche das Publikum in der Wohl des Arztes beeinflussen, soll ebenfalls vorgegangen werden. Das Landesgesundheitsamt soll Maßnahmen zur Bekämpfung der Fliegenplage ergreifen.

Das Fischereigesetz

ist nach mehreren Sitzungen von der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer abgelehnt worden. Der Hauptzweck der Vorlage war, bezirkswise Fischgenossenschaften für die Fischerei zu errichten. Das Recht der Anlieger zu fischen sollte den Fischgenossenschaften übertragen und der durch diese aus der Fischerei erzielte Ertrag auf die Anlieger verteilt werden. Die Regierung glaubte, auf diese Weise die Fischerei heben zu können. Das jetzt abgelehnte Gesetz wird wahrscheinlich in etwas abgeänderter Form dem nächsten Landtag wieder vorgelegt werden. In der Ersten Kammer war das Gesetz übrigens bereits angenommen worden.

Lindau. In der letzten Stadtverordnetensitzung entspann sich eine rege Debatte über das Kapitel "Kirchenanlagen" für das Jahr 1913. Die Leistungen für die Kirche sind von Jahr zu Jahr gestiegen und betragen auf nächstes Jahr 20 000 M., die durch die Steuerzahler aufzu bringen sind. Gegen diese Höhe wandten sich sogar einige bürgerliche Vertreter. Doch wurde dieser Beitrag schließlich genehmigt. Einen leider schlechten Erfolg hat unsere Stadt mit dem Verkauf von dänischem Fleisch gemacht. Die Nachfrage war so gering, daß der Stadtkasse ein Defizit entstand. Aus diesem Grunde soll der städtische Fleischmarkt eingestellt werden.

Gitterau. Die sächsischen Kollegen stimmten dem Antrag auf Gewährung einer einmaligen Steuerabgeltung an städtische Angestellte und Arbeiter zu. Die Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 1600 M. erhalten den vierten Teil eines Monatsgehalts; den im Wochenlohn tätigen Arbeitern wird ein voller Wochenlohn ausgezahlt. Den Betrieb frischen dänischen Fleisches hat die Stadtverwaltung Gitterau jetzt in gelegte über die Pensionsberechtigung der Beschäftigten.

häufigste Hände gelegt. Das Pfund Fleisch wird mit 80 Pf. abgegeben. Die Folge davon war, daß jetzt auch die Fleischer mit ihren Fleischpreisen sogar auf 78 Pf. zurückgingen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Wegen der an einem Sonntag in Pirna festgestellten Tollwut ist die Hundesperrze bis zum 2. März über den dortigen Bezirk verhängt worden. — Am Dienstag abend bewußte der 23jährige Fischerjunge Jakob Simon 22 Minuten von Chemnitz abgehenden Zug mit der Wacht bis Hilbersdorf zu fahren, um sich von dort nach seiner in Oberdorf gelegenen Wohnung zu begeben. Dieser Zug hielt jedoch in dem Dorf Hilbersdorf nicht. Als Kreuzer sein Versehen bemerkte, sprang er aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug. Er fiel jedoch so ungünstig, daß ihm beim Sturz die Schädeldecke eingeschlagen wurde. Der Name Jakob Simon wurde am Dienstag vormittag aufgefunden. Ein 18jähriges Studentenmädchen wurde vom Schöffengericht in Blauen L. B. zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil es mit Hilfe einer Daarnadel aus dem Briefkasten ihrer Herrschaft einen Brief gestohlen hatte. Es schreibt nämlich, daß ein anderes Mädchen, mit dem sie früher zusammen gelebt habe, sie bei der Herrschaft anhörte würde. — Am Dienstag abend wurde auf der Bahnhofstraße von Blauen L. B. nach Johny der Zeichnam einer etwa 30jährigen unbekannten Frau mit geschmettertem Schädel aufgefunden. Die Frau, deren Handtasche mit einem Monogramm A. H. versehen war, hat sich vermutlich von einem älteren überfahren lassen. — Gestern vormittag verbrannten im Hause Heubnerstraße 34 in Blauen L. B. dem Spiegelschranken Georg Schneider für etwa 20 000 M. Tüll und Stufen.

Stadt-Chronik.

Die Zukunftsentwicklung der Großstädte.

Professor Gurlitt sprach Mittwoch abend im Künstlerhaus auf Einladung des Ingenieur- und Architektenvereins und mehrerer anderer Fachvereine über die großen städtischen Aufgaben, die die Großstädte für die Zukunft zu erfüllen haben. Die außerordentlich rasch austreibende Rheinstadt Düsseldorf hatte einen großen Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem den Teilnehmern die Aufgabe gestellt war, die Gestaltung der Stadt in absehbarer Zeit zu zeigen und die außerordentlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die den Städtebauaufgaben der Zukunft entgegenstehen. Ein zahlreiches Preisrichterkollegium, zu dem auch der Vortragende gehörte, dat in schwieriger schwieriger Arbeit die vielen Entwürfe geprüft. Nun berichtet Professor Gurlitt über die reichen Erfahrungen und Anregungen, die dieses ungewöhnliche, weit ausgreifende Preisauftakt gebracht hat. Düsseldorf, das Zentrum des gewaltigen rheinisch-westfälischen Industriegebiets, das 1890 noch 150 000, 1910 schon 350 000 Einwohner zählte, mit den großen nahegelegenen Nachbarstädten Duisburg, Elberfeld-Barmen, Essen, Steele, Münchberg, Gladbach, Solingen, Köln werden wohl am ehesten die Zukunftsweges eines großstädtischen Gemeinwesens weisen. Schon frühzeitig sei dort eine weitanschauende Verwaltung bestrebt gewesen, die Voraussetzungen für eine mächtige Entwicklung durch Erweiterung des Stadtgebiets und durch ausgedehnten Erwerb von Grund und Boden zu schaffen, womit sie sich auch den unbedingt nötigen Einfluß auf die Bebauung sicherte. Die Grundfläche von Düsseldorf beträgt heute über 11 000 Hektar, Dresden hat 6000. Berlin dagegen, das es nicht verstanden habe, rechtzeitig sein Gebiet zu erweitern, bedient nur eine Fläche von etwas über 3000 Hektar und muß sich heute schon, eingeschnürt von seiner Umgebung, unter den aller schwierigsten Verhältnissen fortwählen. Von den 60 bis 70 Projekten, die die Konkurrenz zeltigten, konnten nur Rheinländer mit Preisen bedacht werden. Dies beweise, daß es ein Fehler sei, fernstehende Architekten zu bemühen, denn solche Fragen können eben nur Männer entscheiden, die die ganze Gegend genau kennen. Bei der Prüfung der einzelnen Entwürfe durch die Preisrichter habe sich in voller Klarheit gezeigt, daß der Städtebau niemals die Arbeit eines einzelnen, wenn auch genialen Kopfes sein könnte, sondern daß alle Beteiligten gemeinsam dahin streben müßten, das Höchstmögliche zu erreichen. Mit Hilfe von Bildern zeigte der Vortragende dann die in den Entwürfen vorausgeahnte Entwicklung Düsseldorfs, er erörterte eingehend die zukünftige Bekämpfung des ungeheuer zunehmenden Personalaufwands und beschrieb dabei die Vorteile der elektrischen Städtebahnen gegenüber den Pferdebahnen, die Anlegung von Straßen für den Automobilverkehr und anderes. Hauptforderungen einer gesunden Städteentwicklung seien die Schaffung selbständiger Fabrikviertel ohne Wohnungen, die Vorausberechnung, ob das Gelände mit Fabriken, Wohnungen oder Villen bebaut, ob es geschlossene oder offene Baupläne erhalten soll, ferner Vorsorge für genügend Luft und Licht in Straßen und Gebäuden und für parfümatische Anlagen mit Kinderspiel- und Sportplätzen besonders in den dichtbebauten Bezirken. Die Schaffung von Zweckverbänden sei zu begrüßen, weil sie verhindern, daß jedes Dorf vor den Toren der Städte baut wie es will. Sehr nötig sei, daß in den Großstädten, auch in Dresden, Zentralstellen geschaffen würden, denen die Aufgabe gestellt werden sollte, Zukunftsbrotkramme größtmögliche Stills für den Städtebau auszuarbeiten. Der Wettbewerb für den Bebauungsplan Groß-Düsseldorf sei seine unerlässliche Planmacherei, er sei vielmehr ein Schritt vorwärts zur Sicherung der Zukunft der Städte, der es unumgänglich mache, daß durch mangelnde Vorausicht bei plötzlichem Anwohnen der Städte Schaden entstehe. Vorwärts zu denken, Kommendes erkennen, mit klarem Blick die großen Aufgaben der Zukunft sehen, um dem Volke Gesundheit und Vergnügen zu schaffen, das müsse das Streben des Städtebaus sein. — Die zahlreich erschienenen folgten mit lebhaftem Interesse den lichtvollen Ausführungen Gurlitts und dankten ihm durch lebhafte Beifall.

Und Sozialdemokraten konnten Herr Gurlitt ja damit nichts Neues sagen, da wir schon seit auf dem Standpunkt gefunden haben, den er hier darlegte. Das viel Wichtigste ist, in der Fragestellung von Reich, Staat und Gemeinde durchzudenken. Und da beräumen die bürgerlichen Parteien!

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuss der Amtschaupräsenz Dresden Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab, bei der auch der Kreishauptmann teilnahm. Von den auf der Lageordnung stehenden Gegenständen wurden u. a. genehmigt bzw. beschlußvoll das Ortsgebot über die Zusammenlegung und Wahl des Gemeinderats zu Schönfeld (Klassenzbildung befristeten), die Ordnung über die Aufrichtung der Quartiers- und Naturaleistungen für die bewaffnete Wacht im Frieden in Dippelsdorf mit Buchholz, der 1. Nachtrag zum Ortsgebot über die Pensionsberechtigung der Beschäftigten.

Unter Genossen in der Deputation säumten nicht, an der Zahl ihrer Erfahrungen den bürgerlichen Vertretern die Unmöglichkeit und Zugelassenheit dieser neuen Gründung der Mittelstandvereinigung vor Augen zu führen und nachzuweisen, wie Handwerker von einer sozialen genossenschaftlichen Organisation Vorteile erwarten könnten, aber nicht mit so untauglichen Mitteln, gegen die man sich im Interesse der Steuerzahler schon aus praktischen Gründen wenden müsse, weil sie eben den Ser-

Beamten der Gemeinde Köthnitzbroda, der 7. Nachtrag zum Regulativ über die Sparkasse zu Leuben (Befreiung der Sparkassenbeamten von der Haftungsfrist), das Ortsgebot über die Erhebung einer Hundesteuer in Weißig (Erhöhung der Steuersätze), die Verbandsabfaltung für die Gemeinden Niederlößnitz, Oberlößnitz und Radebeul über das Elektrizitätswerk Niederlößnitz, die Verschmelzung der Armen- und Feuerlöschkasse in Radebeul mit der Gemeindekasse, der siebente Nachtrag zum Ortsstatut für Köthnitz, das Ortsgebot über das Wasserwerk in Radebeul und Oberlößnitz über das Wasserwerk Neubrunn in Radebeul, der erste Nachtrag über die Anstellungsverhältnisse der Beamten in Leuben, der sechste Nachtrag zur Sparkassenordnung für Köthnitz (bedingungsweise) und die Erhöhung der Entschädigung für den Gemeindevorstand in Kleinwolmsdorf. Dem Kinderheim in Wachau wurde aus Bezirksmitteln eine Beihilfe von 500 M. bewilligt. Ferner wurden eine Anzahl Konzessionsgesuche genehmigt.

Ablehntes Elbbrückenprojekt.

Das Gesuch des Grundbesitzervereins zu Cossebaude um Bewilligung seines Gesuchs um Errichtung einer Elbbrücke zwischen Cossebaude-Gohlis und Köthnitzbroda ab Lößnitz lag am Mittwoch dem Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt vor. Der Referent bemerkte, daß sich der Petent um Unterstützung seines Gesuchs auch an die Bezirksausschüsse der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt, Meißen und Großenhain gewandt habe. Die Stellungnahme von Großenhain sei nicht bekannt, da gegen hätten Dresden-A. und Meißen sich ablehnend verhalten. Die Gemeinden unterhalb Köthnitzbroda bis Meißen hätten an der Errichtung der projektierten Elbbrücke absolut kein Interesse, über auch die Lößnitzortschaften mit Ausnahme von Köthnitzbroda hätten eine Befürwortung des Gesuchs abgelehnt. Das beweise, daß auch sie kein Interesse an der Ausführung des Projekts hätten. Tatsächlich würde es der neuen Brücke an dem notwendigen Verkehr zwischen den Ortschaften rechts und links der Elbe fehlen. Das sei auch der Grund, daß ein früher gelegter Plan einer Waggonfahrt zwischen Gohlis und Köthnitzbroda gescheitert sei. Der Verkehr werde sich immer in der Hauptstraße durch die Stadt Dresden bewegen. Selbst die Erhebung eines Brückengeldes würde keine angemessene Verbindung eines so bedeutenden Anlagekapitals garantieren. Die Frage einer neuen Elbbrücke würde vielleicht einmal dann diskutabel werden, wenn die Niederwarthaer Elbbrücke für den Waggon- und Fußgängerverkehr gesperrt und ausschließlich dem Bahnbetriebe gewidmet würde. Vorläufig sei man aber noch so weit. Entsprechend dem Vorschlag des Referenten schloß der Bezirksausschuß einstimmig und ohne Debatte, die Befürwortung des Gesuchs abzulehnen.

Ergebnis der Angeleutenversicherungswahlen.

Amtlich wird bekannt gemacht: Als Vertrauensmänner und Erkennmänner zur Angeleutenversicherung sind bei den Wahlen vom 21. und 22. Oktober 1912, nach der endgültigen Feststellung des Ergebnisses, auf die Jahre 1913 bis 1918 für das Dresdner Stadtgebiet folgende Personen gewählt worden:

Vertrauensmänner.

Von den Arbeitgebern: E. G. Dörlow, Fabrikdirektor, Dresden; H. J. F. W. Blochwitz, Fabrikbesitzer, Dresden; Hermann Hörrichs, Direktor, Dresden; F. W. M. Keller, Generaldirektor, Blochwitz; Paul Richter, Fleischobermeister, Dresden; F. A. Krüger, Kaufmann, Dresden; Dr. Walther Illmann, Leichtsinnthal, Dresden.

Von den Angestellten: Dr. Gertrud Werner, Geschäftsführerin, Dresden; Otto Hartmann, Geschäftsführer, Dresden; Bruno Sieber, Geldstückführer, Dresden; Martha Blewe, Geschäftsführerin, Dresden; Willi Böhme, Verbandssekretär, Dresden; Walter Nitow, Buchhalter, Dresden; Georg Leipelt, Buchhalter, Dresden.

1. Erfähmänner.

Von den Arbeitgebern: W. H. England, Fabrikbesitzer, Dresden; Richard Pausch, Fabrikdirektor, Loschwitz; F. C. H. Vogel jun., Fabrikdirektor, Dresden; P. H. Biermann, Kaufmann, Dresden; Richard Teich, Direktor, Dresden; Oskar Rohrhoff, Direktor, Dresden; O. R. Rommelsdorf, Direktor, Dresden. Von den Angestellten: Otto von Nendell, Privatbuchhalterin, Dresden; Emil Schramm, Buchhalter, Dresden; Alfred Stod, Werkmeister, Dresden; Paul Steinfel, Buchhalter, Dresden; Karl Vöberach, Werkmeister, Dresden; Otto Baumgart, Ingenieur, Dresden; Auguste Nathenau, Musiklehrerin, Dresden.

2. Erfähmänner.

Von den Arbeitgebern: Alfred Maron, Baulier, Dresden; E. A. G. Boltmer, Kaufmann, Dresden; P. H. Franz, Kaufmann, Dresden; O. P. Vogl, Kaufmann, Dresden; F. Th. Grimm, Kaufmann, Dresden; C. C. M. Zipsel, Kaufmann, Dresden; Ludwig Vongard, Apothekenbesitzer, Dresden.

Von den Angestellten: Otto Pätz, Buchhalter, Dresden; Heinrich Kühl, Kunsthändler, Dresden; Max Böhme, Abteilungsleiter, Dresden; Margarete Streicher, Vereinssekretärin, Dresden; Max Kunze, Buchhalter, Dresden; Alfred Schäf, Buchhalter, Dresden; Robert Wunderlich, Kunstmuseumverwalter, Dresden.

Behörden und Dissidenten-Begräbnisse.

Am 16. Mai, dem Himmelfahrtstage, wurde auf dem Friedhof zu Oberpeißnitz der Genosse Heinrich aus Niederlößnitz beerdigt. Da der Dissident war, batte der Pfarrer Voigt in Oberpeißnitz auf mehrfaches Anhören der Witwe des Verstorbenen das Läuten des Glöckens und die Mitwirkung des Kirchhores unterfangt. Weiter hatte er den Totenbegleiter Lehmann veranlaßt, Ansprachen am Grabe zu verhindern. Er hatte deswegen sogar einen Sendarmen nach dem Kirchhof bestellt. Das Begräbnis fand unter zahlreicher Beteiligung der Genossen und Freunde des Verstorbenen sowie unter Teilnahme des Turnvereins, dessen Mitglied der Verstorbene war, statt. Als der Sarg hinabgelassen war, trat Genosse Mensch aus der Trauerveranstaltung an das Gras und sprach einen Nachruf, der damit schloß, daß man im Sinne des Verstorbenen weiter kämpfen wolle. Als er mit der Ansprache begann, trat der Leitermeister an ihn heran und machte ihn aufmerksam, daß er keine Erlaubnis zum Sprechen habe. Er winkte ihm aber ab und sprach weiter. Dasselbe tat er auch, als der Sendarmen in Zwilleitung an ihn herantrat, sich legitimierte und auf ihn einsprach. Einige Zeit später erhielt Genosse M. vom Amtsgericht Döhlen einen Strafbefehl über 60 M. eventuell 12 Tage Haft wegen

Überbreitung der Verordnung des Kultusministeriums vom 15. November 1907. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, worauf am 3. September d. J. vom Schöffengericht Döhlen die Verurteilung zu obiger Strafe erfolgte. Gegen dieses Urteil legte M. Berufung ein. In der Begründung führte er aus, daß diese Verordnung, wie alle anderen Polizei- und sonstigen Verordnungen, seit Einführung des Reichsverfassungsgesetzes außer Kraft getreten sind, wie im R.-V.-G. ausdrücklich festgelegt ist. Aber auch nach dem angezogenen Gesetz habe er sich nicht strafbar gemacht, denn das hier in Verdracht kommende Vergehen sei ein gewöhnliches gewesen, moze es nach § 7 und 9 des R.-V.-G. einer polizeilichen Genehmigung nicht bedürfe. Aber selbst, wenn man das Leichenbegängnis als ein ungewöhnliches ansehen wolle, so sei es nicht für die unterlassene Einholung der polizeilichen Genehmigung zum Sprechen am Grabe verantwortlich zu machen, da er nicht den Veranstalter des Leichenbegängnisses gewesen sei. Das R.-V.-G. kennt nur eine polizeiliche Genehmigung zum Sprechen am Grabe, von einer Genehmigung oder Erlaubnis eines Pfarrers sagt das Gesetz kein Wort. Da die vom Gericht angezeigte Ministerialverordnung Landesrecht ist, ist sie neben dem R.-V.-G. nicht gültig, sowohl sie Verhinderungen der im R.-V.-G. ausgedrohten Freiheiten enthält. M. berief sich auf Reichs- und preußische Kammergerichtsentcheidungen, wo ausdrücklich festgestellt ist, daß Reichsrecht über Landesrecht geht. Auch in einem Urteil des selben Strafamtmann, vor der M. stand und schon einmal wegen einer Grabrede das Jahr vorher freigesprochen wurde, heißt es: „Die landesrechtlichen Verordnungen über das Recht von Laienreden bei Beerdigungen sind nach der richterlichen Ansicht zu vergessen.“ Das Urteil des R.-V.-G. vom 4. Februar 1909 in der Deutschen Juristen-Zeitung 1909, S. 502 durch das R.-V.-G. und zwar durch dessen § 1 außer Kraft gelegt.“

Gegen das damalige lebenswichtige Urteil legte allerdings die Staatsanwaltschaft Revision ein, das Oberlandesgericht wies die Sache zurück und dieselbe Strafammer bestätigte dann in der zweiten Verhandlung das Urteil des Schöffengerichts, W. Karl Heldstraße. Die Verurteilung stützte sich auf die schon mehrfach angezogene Ministerialverordnung, während bei dem freiwerdenden Urteil das R.-V.-G. zugrunde gelegt war.

Das Gericht verwies die Berufung. In der Begründung wurde ausgeführt: Die Verordnung besteht noch zu Recht. Zum Sprechen am Grabe ist die Erlaubnis des Pfarrers nötig, das der Angeklagte mindestens gewußt. Dadurch, daß er am Grabe gepredigt, hat er das Leichenbegängnis zu einem „außergewöhnlichen“ gemacht. Auch liege keine Veranlassung zur Heraussetzung der Strafe vor.

Der gefundene Meinungsverschiedenheit weiter Kreise des Volkes wird nicht jenes Begründen, sondern, obwohl man sich im Klaren sei, dass es in Sachen, längst an derart ungewöhnliches gewöhnt ist. Wie legen diese geistliche und gerichtliche Aktion in die Akten unserer Mappe über Ratschlagspolitik und sind im übrigen der Meinung, daß solche Vorgänge dem Ansehen der Kirche im Volke sicher nicht nützen.

Bettelei.

Mit welchen Mitteln schon die Kinder gefördert werden, um ihre ersparten Pfennige für kirchliche Zwecke hinzugeben, zeigt ein Schreiben, das in unsere Hände gelangte. Es ist von einem Pastor der weiteren Umgebung Dresdens geschriften und wurde in verschiedenen Schulen an die Kinder verteilt. In dem „Briefe“ werden die Kinder aufgefordert, für den Gustav-Adolf-Verein mitzuwirken und ihre Sparsamkeit zu leeren, um den Inhalt auf den Altar „christlicher Liebezähigkeit“ zu opfern. In welcher demagogischen Art man aber verzucht, den Kindern belästigen, mögen folgende Stellen aus dem „Briefe“ zeigen:

„... Eine Stelle kostet Du schon manchmal von dem kleinen Gustav-Adolf-Verein gehobt. Der segt seine ganze Kraft daran, den evangelischen Christen, die zur Erhaltung und Sicherung ihres evangelischen Glaubens der Hilfe bedürfen, beiderseits beizupringen. Da gibt es für uns erwachsene Leute nur viel zu tun, und Deine Eltern preisen gewiß auch mit zu, und es ist uns eine Freude, zu helfen. Aber weil bei dieser Arbeit gar so schrecklich viel zu tun ist, werden wir Brothen eben auch wieder einmal nicht allein fertig und sehen uns nach Helfern hilfreichem. ... Wir sehen uns auch nach Dir um, mein Kind. Willst Du mit mir? Dann geh recht gut auf, wenn Dein Herr Pastor Gustav-Adolf sagen läßt: Zu nächsten Kindergartenfest wird eine Spendergabe für das Gustav-Adolf-Werk gesammelt. ... Da willst Du auch erfahren, für welche destruktive Arbeit Du Dich mit ins Herz legen sollst. Ich will Dir das heute noch nicht verraten, aber so viel darf ich sagen: Du sollst evangelischen Kindern zu einer Sache helfen, die sie notwendig brauchen. ... Aber nur, wenn alle kommen und alle helfen, wird sich Eure ganze Kinderkraft zeigen und etwas Fleisches zustande bringen. Darum muß unbedingt auch Du an diesem Kindergartenfest eilen und etwas in Deinem Kleidchen mitbringen, vielleicht aus Deiner Sparbüchse, und weißt Du, etwas Orientierendes muß es sein, denn Du willst doch Dein Kraft beweisen, nicht wahr? Als ich neulich in dem amputierten Sehnen ein großes Gustav-Adolf-Fest mitmachte, magst ich hören, in anderen deutschen Ländern gingen es mit dieser Kinderhilfe weit voran als bei uns Sachsenlanden. ... Da, das willst Du. Die gewiß nicht noch einmal nachhören lassen! Darum deinst du auf den Posten, Gnaden, Mädchen, in frohem Latendrange, auch Du, mein Kind! Es gilt ein schönes, großes Ziel! ...“

Man muß es dem Herrn Pastor lassen, daß er sich auf diese Art Bettelei vorsätzlich versteht. Wie stehen aber anderseits auf dem Standpunkt, daß es unethisch ist, armen Arbeiterkindern die letzten Pfennige abzunehmen, um sie für kirchliche Zwecke zu verwenden? Glauben den Herrn Pastor und sein Anhang, daß den evangelischen Christen „Belagerungen“ werden müssen, so mögen sie selbst die Mittel aus ihrer Tasche aufzurufen.

Bezeichnend ist aber auch, daß diese Bettelei durch die Lehrer in der Schule verteilt worden sind und in einigen Orten die Klassen ersten dazu bestimmt wurden, die von den Kindern mitgebrachten Gelder einzusammeln. Man erachtet daraus, in welch grosem Maße die Schule der Kirche gefällig ist oder sein muß, wenn der Herr Pastor es wünscht!

Der Gutsverkauf in der Gasanstalt.

Man schreibt uns: Seit längerer Zeit wird in der biesigen Gasanstalt nur noch ein Hektoliter Grus abgegeben mit der Begründung, daß keiner vorhanden sei. Auch der Preis ist pro Rentner jetzt wieder 80-82 Pf. Trotzdem werden aber täglich drei Loren Grus nach Böhmen verschickt zu dem Preise von 20 Pf. per Rentner. Vor längerer Zeit machte der Rat dann weiter bekannt, daß solch nur noch in

größeren Mengen abgegeben werde, und zwar für 1,05 bis 1,15 Pf. verlangt. Auch der Verkauf geht sehr langsam und dann 50 Hektoliter Grus kaufen wollen, müssen sie sich 25 Hektolitern zufrieden geben, trotzdem angeblich nur großes abgegeben werden sollen. Das sieht nicht daran, daß wenn der Rat bemüht wäre, in den letzten neuen verschaffen.

Selbstmordversuche. Am Dienstag abend hat sich eine Dame aus Lebesgrün zu erschließen versucht. Sie wurde aus Lebtagen Krankenhaus übergeführt. Die Personlichkeit ist als die der Margarete Juris aus Brüx in Böhmen gekennzeichnet. Sie wurde aber noch rechtzeitig aufgefunden und in das Friedrichsstädtische Krankenhaus gebracht. Auch in der Johannishospital wurde eine etwa 30 Jahre alte Ingenieurin aus Leibtagen verletzt vorgefunden und noch lebend nach Johannishospital Krankenhaus befördert.

Unfall. Bei einem Mittwoch abend im Regelbetrieb verunglückte eine Teilnehmerin beim Tanzen so unglückselig, daß sie einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Ein sofort befreigter Arzt leistete die erste Hilfe.

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung vom Haushaltplan 1913 des Tuberkulosefürsorgeverbandes, nach dem der Befreiungsbetrag für Kemnitz 90 beträgt. Einem Antrage des Ortsfrankenkasse Steigitz, bei dem Oberförsterungsamt um Zulassung des Kaffes als „Allgemeine Ortsfrankenkasse“ nachzuwischen, beschloß man beizutreten. Einige Gedanken privater Vereine um Beihilfen wurden abgelehnt. Der Haushaltplan für 1913 wurde in der Kommission vorgelegten Fassung genehmigt. Einem Bedarf von 36 126 M. stehen 6345 M. Deckungsmittel gegenüber, daß 29 781 M. durch Anlagen aufzubringen sind. Auf Antrag des Genossen Bader befürchtet man, daß der Gemeinderat erneut mit den Nachbargemeinden wegen Bezugsschulden anständliches Fleisch in Verbindung treten möge. Hierbei kommt es bei dieser Gelegenheit wiederum nicht um Lohnen, seinen ablehnenden Standpunkt zum besten zu geben. Es sei Sache der Konsumvereine, für billige Nahrungsmittel zu sorgen. Außerdem eine nichtgewollte Anerkennung der sozialen Arbeit der Genossenschaftsbewegung. D. B. Die ausländische Fleisch ist minderwertig und man darf auch die Steuern des Fleischergewerbes nicht untergraben usw. war unserem Vertreter ein leichtes, die unfähige Argumentation dieses Herren zu kennzeichnen, mit der er auch beim Gemeinderat seine Gegenseite fand. Hierzu eine öffentliche Sitzung. — Es wäre sehr angebracht, wenn die Arbeitschaft von Kemnitz der Tätigkeit des Gemeinderates etwas mehr Interesse widmen möchte, und zwar durch fleißigen Besuch der Sitzungen.

Niederwartha. Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, sich am Sonnabend den 7. Dezember, abends 6½ Uhr, in Paulsers Restaurant zu einer wichtigen Partiearbeit zahlreich einzufinden.

Cossebaude. Der in Niederwartha wohnhafte Maschinenearbeiter Gustav Knauth verunglückte im heiligen Eisenwerk Meister. Knauth ist beim Aussägen von Rauten der Säge etwas zu nahe gekommen, wobei ihm außer einigen Fleischwunden der Goldfinger der rechten Hand abgesetzt wurde.

Quohren. Die diesjährigen Gemeinderatswahlen finden für die Unabhängigen Sonnabend den 7. Dezember von 4 bis 7 Uhr statt. Es wählen zum erstenmal die zwei Klassen Gut und Hausebesitzer getrennt. Für die Unabhängigen ist die Wahl am Sonntag den 8. Dezember von 3 bis 6 Uhr. Es ist eine Klasse eine Ausschüpperson und ein Gefährtmann zu wählen. Die Wahlen finden im Preussischen Gasthof statt. In der Klasse der Unabhängigen wurde von unserer Seite der Genosse Otto Böhme, Hufarbeiter, als Ausschüpperson und Paul Knauth, Pader, als Gefährtmann aufgestellt, da der bisherige Vertreter, Genosse Hermann Härtig, nach 14jähriger Tätigkeit eine Wiederanstellung ablehnte.

Kleinopitz. Am vergangenen Sonntag stand hier die Einwohnerversammlung statt, in der Genosse Fleißner über „Die neuen Gemeindegelehrte“ referierte. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die zahlreichen Kleinopitzer den interessanten Ausführungen. In der darauf folgenden Debatte kam zunächst Rittergutsbesitzer Dr. Böhme zum Wort, der in verächtlichen Angriffen gegen den Referenten sowie gegen Genossen Reich galt, um bestens über die ihm sehr unangenehme Aussage, die Ausführungen des Referenten zuwidern. Die Beteiligung war groß und fertigte ihn unter den Herren die Antwort mit schuldig und fertigte ihn unter der Befallung der Verantwortung ab. Genosse Reich berichtete darüber die Vorgänge im Gemeinderat, darauf verweist wie notwendig gerade hier ein paar unabhängige Vertreter, die stets ohne Rückicht die Interessen der ganzen Einwohner vertreten. Die nächste Zeit werde der Gemeinderat zweifellos mehrere sehr wichtige Fragen zu erledigen haben. Darum sei es notwendig, nur Leute zu wählen, die auch die Allgemeinheit Ritterguts über ihr Tun und Lassen abzulegen.

Die Gemeinderatswahl findet Sonntag den 8. Dezember bei Schramm statt. Die Gärtner und Häusler wählen von 12-3 Uhr, die unabhängigen Wähler von 4-7 Uhr.

Hänichen. Am Sonntag den 8. Dezember findet die Gasthof die Gemeinderatswahl statt. Die unabhängigen wählen von 11-1 Uhr, die Unabhängigen von 3-6 Uhr. Kandidat für die Klasse der Unabhängigen ist Genosse Paul Steinchen, als Gefährtmann Genosse Franz Jäppel aufgestellt. Wieder kommen Welschwerden der Einwohner über die bremer Schlesakasse des Steinkohlenwerks. Das Werk ist im Jahr 1908 aufgelöst worden, aber niemand klimmt sich daran, ob die Einwohner durch das starke Brennen der Holde nachteilige Folgen haben oder nicht. Es wäre an der Zeit, die Verhälde hier einmal für Abhilfe zu sorgen.

30
Packchen
Dr. O

Werkstoffliche Arbeiterbewegung.

Balkanrieg und Textilindustrie.

Der Balkanrieg läßt auf eine größere Anzahl Betriebe der Textilindustrie einen recht ungünstigen Einfluß aus. Auch der Gewerbebruch verschiedener Betriebsarten wirkt zurück auf die Betriebsergebnisse. Im Langenbierau-Reichenbacher Bezirk ist eine Färbereifirma gestört, ihre Zahlungen eingestellt. Ungünstig wurde der Export in der Textilindustrie des Wuppertales. Viele Betriebe bestimmt. Beugdruckwaren. Varmen mußten kaufen werden. Allerdings ist die Beugdruckerei trotz allerbedingt. Auch in der Gold- und Silbergespinst-Fabrik Düsseldorf wie in der Porzamentenbranche des Erzgebirges hat zur Verschlechterung der Geschäftslage beigetragen. In Wettinoff-Weber gibt es einzelne Firmen — die in der Kette für jene Länder beschäftigt wurden —, in denen seit dem Kriege sofort die Arbeitszeit reduziert werden mußte. Teil der Stütze zum Stillstand kam. Es ist dies vor allem bei einer Firma in Werben. Auch Grimmaischer Unternehmens von dem Moratorium in den Balkanländern berührt. In Hohenstein-Ernstthal hat die Fabrikation in Quoten abgenommen im zweiten Jahr seit dem Kriege fast ganz aufgehoben. Überaus wird gemeldet, daß die Lieferungen bei einer Firma infolge des Balkanrieges inhibiert worden waren. Seine Sohn u. Sohn in Spichlersdorf hat deshalb den Betrieb aufsetzen müssen. Es stehen infolge Mangels an Arbeit in einigen Branchen eine plötzliche Sanktion eingetreten. Im allgemeinen war bisher der Export nach den Balkanstaaten bedeutend. Die gesamte Textilindustrie-Ausfuhr nach Jugoslawien zeigt sich, wie der Syndikus des Verbandes der Kunstdruckerei, Dr. Kochmüller, hervorhebt, auf etwas über 8 Millionen auf Serbien auf 2,5 Millionen Mark, und nach Griechenland auf nicht 2 Millionen Mark. Da die europäische Türkei auf 8,5 Millionen Mark wolle Kleiderstoffe und für 4,2 auf 2,5 Millionen Kleiderstoffe gefordert. Die Industriellen aus nach Beendigung des Krieges eine große Steigerung hoffen nach dort. Sie hoffen, daß die Wirtschaftssituation jener zu aus politischen Gründen gegen Österreich und Italien weiter wölken und die Balkanstaaten verlassen. Die Bestellungen der deutschen Textilindustrie zu gewinnen. Gestattet sagt Dr. Kochmüller: „Die deutsche Industrie erfreut sich jetzt in den Balkanstaaten großen Ansehens, und es ist sicher anzunehmen, daß die Vorliebe für deutsche Waren noch steigen wird. Die bisherigen Konkurrenten Deutschland, England, Italien und Österreich-Ungarn, Österreich nicht in Serbien nicht beliebt. Der politische Gegenseitigkeit hat die Annexionstreis noch verschärft, und der Wunsch der Balkanstaaten, mit Deutschland in engere geschäftliche Beziehungen zu kommen. Auch in Bulgarien sind die Sympathien seitens Deutschlands als Österreich. Was Italien anzu dem wegen seiner Willigkeit nur schwer zu konkurrieren ist es durch seinen Friedensschluß mit der Türkei erreicht. Obwohl durch diesen Friedensschluß der Türkei nicht geholfen war, kam die Sache den Balkanstaaten doch zugute. Bei dem aufs äußerste aufgestachelter Nationalfeind in Italien nicht gelingt. Der politische Gegenseitigkeit hat ihrer weiteren Wiedergabe mit den Balkanstaaten anhalten. Da alle zwei unserer wichtigsten Konkurrenten für mehrere lange Zeit ausgeschaltet werden, bietet sich uns Gelegenheit zu gewinnen.“

Inland.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Das Reichs Telegraphisches Bureau meldet, daß der Staatsrat Schömann des Innern, Dr. Döbeln, mit Rücksicht auf den 1. März n. J. ablaufenden Tarifvertrag im deutschen Baugewerbe den Vorstand des Münchner Gewerbe- und Kaufmännischen Tarifvereins, geschrieben, daß es im öffentlichen Baugewerbe schon jetzt mit neuen Tarifverhandlungen zu beginnen. Nach einer weiteren Meldung ist Dr. Premer bereits mit den Tarifkommissionen in Verbindung getreten.

Ortskrankenfassenwahlen.

Bei den Ortskrankenfassenwahlen in Wiesbaden siegte die Gewerkschaftsliste auch für die Sake der Arbeit. Sie hat an der Wahl nur sehr schwach beteiligt. Der Sozialist ist jetzt mit Kandidaten des Kartells besetzt.

Gewerbegerichtswahlen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Hof i. B. erhält die Liste Gewerkschaften 1854 Stimmen, während die unter dem sozialen Auschluß für jugendliche Angelegenheiten“ segelnden Arbeitervereine ganze 206 Stimmen auf ihre Liste konnten. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhielten Gewerkschaften 11 und die liberalen Arbeitervereine 1.

Breslauer Justiz.

Eine Beleidigung von „Arbeitssuchten“ durch Stichelein, um durch die Drohung: „Wenn du nicht in den Verbund kommst du allein in der Festhalle arbeiten“, war ein Beschuldigter zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er erkannte an die Straftatmutter des Direktors Jancke, der vorher keinen Kontakt bestand. Der Vorfall nannte sich des verurteilten Badelegierten „niederrächtig“. Er meinte zu ihm: „Das ist wohl Ihre Freiheit, das Recht von Gesetz, Ordnung und Moral!“ Er reagierte auf: „Es trifft mich merkwürdig, daß dieser Mann die Freiheit des Arbeitswilligen gerade in der Zeit, in der man die zur Erinnerung an die Befreiung Preußens steht.“ Es blieb bei der Woche Gefängnis.

Gerichtszeitung.

Schöfengericht.

Der Zwischenhandel am sächsischen Schlachthofe.

Der Buchhalter Johann Ignaz Gläß war Angestellter der Fleischwarenfirma Kesselsroth u. Komp. in Dresden, die auf dem städtischen Schlachthofe die Schweine der landwirtschaftlichen Genossenschaften verkaufte. Mit dem Verkauf war von der Firma der Fleischer Stifter betraut. Dieser vereinbarte mit den Räubern einen Einheitspreis, der sich nach der Qualität der Schweine richtete. Die verhandelten Schweine wurden dann gewogen und Gläß rechnete den Preis für die einzelnen Tiere aus, nahm die Bezahlung entgegen und stellte hierüber Quittungen aus. Es ist nun festgestellt worden, daß die qualifizierten Beträgen nicht übereinstimmen mit den von den Genossenschaften angegebenen Preisen, die angeblich erzielt wurden. Dem Angeklagten wird zur Voll gezeigt, die Differenzbezüge in seine Tasche gemacht zu haben. Er bestreitet das. An der Hand des vorliegenden Materials ergaben sich Differenzen von 1 bis 8 M. pro Rentner. So hatten die Fleischer und Metzgerwarenbeispiele pro Rentner 45 M. bezahlt und hierüber Quittungen erhalten, während den Genossenschaften angegeben wurde, es wären nur 43 M. erzielt worden. Der Angeklagte behauptet, die Räuber hätten in Wirklichkeit auch nur 43 M. pro Rentner bezahlt, aber auf ihren Wunsch wäre die Quittung höher aufgestellt worden, damit sie bei einer etwaigen Bezeichnung der gehandelten Tiere der Bezeichnung gegenüber gedeckt wären und eine nicht zu niedrige Versicherungssumme erhielten. Der Zeuge Schenkhardt Paul hatte 49 M. pro Rentner bezahlt, sich auf der Quittung aber den Rentner mit 51 M. berechnet lassen. Er mochte das damit, daß er allerlei Spesen, wie Transportkosten, habe, die nach seiner Ansicht mit Beauftragten werden müßten. Die übrigen Zeugen behaupten dagegen, sie hätten viel bezahlt, wie auf den Quittungen angegeben wurde. Einige wissen nicht mehr, was sie bezahlt haben. In den weiteren Fällen ergaben sich besonders große Differenzen. So hatte der Detonator der Landgerichtskantone Hartig für seine Schweine pro Rentner 5 bis 8 M. mehr gezahlt, als die Genossenschaften erhielten. Diese Fälle sind aber weniger häufig, haben vielmehr auf einen schwungvollen Zwischenhandel am Schlachthofe hin. Der Haushaltsdirektor Stöhr, der für Hartig arbeitete, war bei der Kommissionsfirma als Aufsteller tätig. Er hatte nun seine bevordeeren Kunden unter den Räubern, denen er Schweine heraussuchte. Zu diesen gehörte Hartig. Er suchte für diesen erschlagene Schweine aus und handelte sie bei Stifter ein. Hartig bot er sie dann für einen höheren Betrag an. Dieser kaufte sie auch für diesen Preis und zahlte an Gläß. Der Angeklagte zahlt die Differenz an Stöhr als Provision. Hartig befandt als Zeuge, daß er hier von seine Kenntnis hatte. Die von ihm bezahlten Preise entsprachen auch den Marktpreisen, über die er sich zuvor selbst eingehend unterrichtet haben will. Nach den Befunden Gläß waren die von Hartig und ihm gehandelten Schweine erstklassig. Den Genossenschaften gegenüber waren aber diese sämtlichen Schweine als „Label“ bezeichnet worden, um den niedrigen Verkaufspreis zu rechtfertigen. Dieser Zwischenhandel ist nach der Beurteilung des Gerichts Stifter allgemein Sitte. (!)

Der Räuber würde dadurch keineswegs geschädigt, wenn er würde diesen, wenn er persönlich zu ihm käme, dieselben Schweine nicht so billig gelassen haben als Stöhr. Als „Label“ werden nicht nur die Schweine bezeichnet, die beim Transport irgendwie verloren sind, sondern auch die „fremmigen“ und solche, die beim Auftrieb vollgeschüttet sind. Stöhr macht noch geltend, daß Hartig immerhin besser durch seine Vermittlung vorauskommen sei als sonst, denn er habe ihm stets „leere“ Schweine herausgesucht (ohne Darm- und Mageninhalt).

Das Gericht betonte ausdrücklich daß große Interesse, daß bei der Oeffentlichkeit für diese Preise erwartet, die mit als Ursache für die hohen Fleischpreise anzusehen wären. In einer ganzen Anzahl von Fällen konnte keine Verstrafung eintreten, die übrigen Fälle wurden als fortwährende Handlung angesehen und auf 200 M. Strafe erkannt. Auf weitere 20 M. Strafe erkannte das Gericht wegen eines geringfügigen Vertragsfalles, der mit diesen Strafen in einem Zusammenhang steht.

Neues aus aller Welt.

Unfall in einem Braunkohlenwerk.

Altenburg, 4. Dezember. In den Röderer Braunkohlenwerken in Sachsen-Altenburg führte eine im Bau begriffene Seitenförderbrücke, auf der sich drei Arbeiter einer Böhmer Bergwerke befanden, in die Tiefe. Ein Arbeiter war sofort tot, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Unter Worbverdacht verhaftet.

Halle a. d. S., 4. Dezember. In Gothaen (Thüringen) wurde der Schuhfabrikant Paul Kesselsroth aus Matzendorf als Leiche aufgefunden. Als Töter wurden der Handelsmann Knobel und die beiden Brüder Solowatz verhaftet. Der Ermordete hatte sich beim Stehen von Chilispeck überwacht, worauf sie ihn erwürgten und die Peitsche aus ihrem Wagen in den Rücken schlugen.

Mit Leiche aufgefunden.

Matzendorf, 5. Dezember. Bei Domänenhöhe wurde der Wohndarbeiter Paul aus Matzendorf als Leiche aufgefunden. Ob ein Verbrechen oder der Tod durch Unfälle vorliegt, ist noch ungewiß. Opfer des Eisels.

Dux, 4. Dezember. Auf einem zum Unionschacht gehörenden Teile sind mehrere Kinder, die sich mit Schlittschuhlaufen vergnügten, eingeschlitten. Drei Kinder sind ertrunken, die übrigen konnten gerettet werden.

Brüderkalten.

P. G. R. Gorbitz.

Das ist ungültig.

J. G. Röder. Wir raten Ihnen, Ihre Beschwerden dem Arbeiterssekretariat vorzutragen.

B. Ruppendorf. Nein.

Victoria-Salon, DRESDEN

Gastspiel Cléo de Mérode

die weltberühmte Tänzerin von der Grossen Oper in Paris und das gänzlich neue grosse Dezember-Programm.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 u. 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül.

Theater-Tunnel: Künstler-Ensemble Böttner.

Anfang 4,8 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Meine Uhr gebraucht nicht mehr. Wo soll ich sie hinschaffen?

H. Lorenz jetzt Frauenstraße 1

Eine Schlossergasse wo man alle Uhren gut und billig repariert. Zeitangabe sofort.

Neue Uhren billigst.

Trauringe in grosser Auswahl

Größtes Lager von Pfeifen-Tabaken

in allen Schnittarten und Breitlagen

Feinste Spezial-Mischungen

Moritz Gabriel

Dresden-A.

Gr. Zwingerstraße 5

Ecke Bettinerstraße

2. Stock: Grüner Str. 6

Sofas

in jeder Ausführung.

Bekannt billige Preise.

Tränker Möbelhaus

Österlicher Straße 21/22.



Mehr als
300000
Päckchen werden täglich von den echten
Dr. Oetker's Fabrikaten verkauft.

Das ist der beste Beweis für deren hervorragende Qualität. Es wird zuweilen versucht, minderwertige Nachahmungen in möglichst ähnlichen Packungen anzubieten. Man weise solche Nachahmungen zurück und fordere beim Einkauf stets die „echten“

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

Überall zu haben!

1 Päckchen 10 Pf., 3 Stück 25 Pf.

Verfassungen.

4. Kreis, Bezirk Pieschen-Trachenberge. Am der am Freitag den 29. November stattgefundenen Mitgliederversammlung im Deutschen Haus, Großenhainer Straße, sprach Genosse Menke über: Weltkriegismus und Sozialismus. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden. Eine Debatte fand nicht statt. Der Vorsitzende möchte noch betonen, daß Witte Januar ein Vortragsanklages des Genossen Dr. Sodas über Weltkrieg und Verfehlung beginnt. Die Anwesenden wurden erfreut, schon jetzt auf diese Vorträge aufmerksam zu machen, besonders deshalb, weil sie für Parteimitglieder vollständig unentgeltlich sind. Das Vorst. wird noch bekannt gegeben. (Eing. 4.12.)

6. Kreis, Bezirk Wilsdruff. (Versammlung am 27. November auf dem Schützenhaus.) Genosse Bürger gab den Bericht aus den Kreisvorstandssitzungen. Einverstanden erklärte man sich mit dem Vorschlag, die Broschüre über Imperialismus und Sozialdemokratie anzufertigen. Genosse wurden die gewählten Schiedsgerichtsmitglieder einstimmig bestätigt. Im übrigen wurde der Bericht ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Unter örtliche Angelegenheiten machte Genosse Neumann auf die bestehende Städteordnungserstellung die sich mit der Einführung der Revidierten Städteordnung beschäftigt wird, aufmerksam. Er erfuhr die Genossen, sich zur nächsten Versammlung zahlreich einzufinden, da sich dieselbe wahrscheinlich mit dieser Angelegenheit beschäftigen würde. (Eing. 2.12.)

Gittersee. Am 30. November fand im Gasthof eine gut besuchte Einwohnerversammlung statt, in der Genosse Buck über Gemeinde- und Sozialreform referierte. Der interessante Vortrag wurde mit

Varieté Deutscher Kaiser

Strassenbahn-Linie 15 Dresden-N. Leipziger Straße 112
Heute und folgende Tage 8 Uhr 20 Min.

Große Varieté-Vorstellung
zu mässigen Preisen.

Achtung! Kutscher, Transportarbeiter.

Die Sperrung der Staatsstraße Böhmen-Dresden ist aufgehoben.
Für gefällige Benutzung empfehlen wir.

Gasthaus Lindengarten, Leuben

Grösste Ausspannung, bekanntester Salzstadel.
Reichhaltige Speisen (eigene Schlachterei), fl. Getränke.
Hochachtungsvoll Hermann Emmer u. Frau.

Kino Briesnitz.

Donnerstag den 5. und Freitag den 6. Dezember: Der Todesritt. Großes Drama in 3 Akten. Komödie, fehlen und staunen.
Sonntagnach und Sonntag: Launen des Glücks. Expekt.
Drama in 2 Akten. Max als Aufschneider. — Anfang wochentags 7½ Uhr. Sonntagnach 2 Uhr. Hermann Witsch.

Restaurant zur Hofmühle

Hofmühlstraße 17. Ab. Regel.
Empfohlene meine Lokalitäten einer geeigneten Beachtung.
Vorab. preiswerter Mittagstisch.

„Erno“-Sprechapparate u. Platten

Fand brillant im Ton, vorzüglich in der Ausführung.
allerbilligst im Preis. Teilzahlung gestattet. Alle
Einzelteile zum Selbstbau guter Apparate.
Ernst Noack, Bürgerstraße 8.



Bücherstr. 140 Tel. 3102

Bismarckplatz 15. 4162

Eingang Büchenauftritte.

Wittenauerstr. 24, Tel. 3975

Böllnauerstraße 12, Tel. 2806

Eingang Striezelstraße.

Wettinerstraße 17, Tel. 1680

Rosenstraße 43. 1735

Eingang Wölfnitzstraße 1, Tel. 1684.

Kontore und Lagereien: Eine Hundertunter-Budung

Soeben wieder eingetroffen: Eine Hundertunter-Budung

feinste neue Bratheringe

Stiel

Die Dosen in strammer Füllung, von etwa

16 Pf. 8 Pf. 4 Pf. 2 Pf.

bei mindestens 25 Dosen à 265 Pf. 145 Pf. 75 Pf. 45 Pf.

10 Pf. à 275 Pf. 150 Pf. 80 Pf. 50 Pf.

5 Pf. à 280 Pf. 155 Pf. 85 Pf. 55 Pf.

1 Dose 300 Pf. 160 Pf. 90 Pf. 55 Pf.

Direkt importierte echte Stavangerer

Neue Anchovis . . . 1 Pfd. 25 Pf.

Neuer Appetitsild . . . 10 Pfd. 10 Pf.

Direkt importierte, edle Crosse & Pladwells

Anchovis-Paste

1/2 Dose 70 Pf. 1/2 Tube 35 Pf. 1/2 Tube 55 Pf.

Aus soeben eingetroffenem

Direkt importierte echte Stavangerer

Kabljau, ohne Kopf, in großen Stückchen . . . Pf. 18 Pf.

Kabljau, „Helg.“, 1-2 pfundige Prachtfische . . . Pf. 22 Pf.

Schellfisch, „Helg.“, in Portionsstückchen . . . Pf. 25 Pf.

Schellfisch, überblanter, 2-3 pfundiger . . . Pf. 25 Pf.

Seelachs, „Helg.“, ohne Kopf, in Fischen . . . Pf. 25 Pf.

Ankönnliche gebrühte Kochrezepte gratis.

Tharandt und Umg.

Befüllungen auf die Dresdner Volkszeitung, Findlinge, Gartendekoration, Dekorationen und Dienstauskünfte nimmt jedermann entgegen.

Paul Friedler, Friedberg, Straße 15.

großem Beifall entgegengenommen. Genosse Horn forderte die anwesenden bürgerlichen Gemeindemitglieder auf, sich recht lebhaft an der Debatte zu beteiligen, aber keiner ergriff das Wort. Die Genossen Schönert, Zimmermann, Seeger und Michel sprachen im Sinne des Referenten. Der Gemeinderat, der lächlich eingeladen war, war nicht vollständig erschienen. Genosse Buck forderte zum Schluss auch die anwesenden Handelsleute auf, für einen Sozialdemokraten zu stimmen.

Als Kandidaten sind von unserer Seite aufgestellt für die Anwesenden die Genossen Bruno Ober, Metzelschreiber, Gemeindemitglieder, Ernst Richter, Beauveriaier, Ershmann; für die Unanerlässigen die Genossen Julius Jahr, Gewerkschaftsbeamter, Gemeindemitglieder, Hermann Michel, Bierverkäufer, Erfognmann. Die Wahl der unanerlässigen Vertreter findet am Sonntag den 8. Dezember statt.

Neues aus aller Welt.

Inselverwüstungen auf einer deutschen Insel.

Berlin, 6. Dezember. Nach einer in Berlin eingetroffenen Meldung des Bezirksamts in Kap ist die Palau-Insel Saobeltao durch einen Tsunami verwüstet worden. Die Regierungstation selbst ist nur wenig beschädigt. Die Insel Saobeltao ist die größte deutsche Palau-Insel im Großen Ozean, sie hat eine Ausdehnung von 300 Quadratkilometern und zählt 8000 Einwohner.

Auf offener Straße erstickt.

Kassel, 5. Dezember. Ein 40jähriger Arbeiter trug in der Hohenloherstraße Koblenz, stürzte dabei hin und blieb, da sich niemand um ihn kümmerte, liegen. Er wurde später erstickt aufgefunden.

Brand eines Elektrolytkessels.
Wien, 6. Dezember. Das der Augsburger Gas- und Elektrolytfabrik gehörige Elektrolytkessel in Ottakring ist abgebrannt. Ein Arbeiter wurde getötet. Der Schaden beträgt 50000 Kronen.

Fliegenschwefel.

Paris, 4. Dezember. Im Aerodrom von Melleschublitz, angehenden Bildern, schlug während der Ankunft auf dem Flughafen während der Landung, der unglückliche Kopf des Flugzeuges in die zwei Spannrahmen. Jimbach wurde leicht verletzt, stand ist ernst, aber nicht lebensgefährlich.

Sturm auf Jamaika.

Reykjavik, 6. Dezember. Jamaika ist abermals bei schweren Sturm heimgesucht worden, dem viele Menschen fielen.

Parteigenossen! Gelesene Nummern der Zeitung bitten wir nicht zu verwenden, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten. Es ist Pflicht eines jeden genossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Kleinste Anzahlung

Kredit!

Leichteste Abzahlung

Wilh. Ritter & Co. Postplatz (Stadtwaldschlösschen, I. u. II. Etage)

Herren-Konfektion

Anzüge
Paleots
Joppen
Hosen
Knaben-Kleidung

Anzahl. von
3 M.

Schuh und Uhren

Möbel

Betten
Polsterwaren
Puppenwagen

Größtes Lager in kompletten Zimmern u. einzelnen Stücken

Tepiche Gardinen

Damen-Konfektion

Anzahl. von
Paleots
Kostüme
Blusen
Röcken
Pelz-Boas

3 M.

Manufakturwaren

Abzahlung 1 M. wöchentlich!

Unsere Weihnachts-Geschenk-Verteilung beginnt am 15. Dezember.

Achtung!

Schön, gut und billig — noch nicht

dagewesen, ist aber doch da.

Märthalle Antoniplatz

Stand 222-233.

Der Obstwächter.

Reben

Büche, Kleiderstoffen,
Betten, Garderobe usw.

lassen Sie außerst preis-

wert und bequem

Gardinen

jeden Genus.

Vitrinen, Portieren
Gedecke etc.

auch auf

Teilzahlung.

H. Loob, Liliengasse

II. 1.

Röde Innenaufträge.

Stein Laden.

Telephon 18912.

Für Fest- u. Hausbedarf

empfiehlt alle Sort. Böller, Weine,
Punsch, Kolonial- u. Badwaren,
Zess. Jigaren, Zigaretten, Tabake,
Zucker, Beine, Lade, Bronzen,
Pinself, Schablonen, Bürsten, Seifen,
techn. Drogen usw.

Kost, Deuben, strasse 22.

N.B. Da ich Radmann (Walter),
auf Wunsch alle Farben streich-

fertig.

Amalienstr. 28
Friederstr. 6

versch. Farben

versch. Größen

versch. Formen

versch. Materialien

versch. Qualitäten

versch. Preise

versch. Sorten

versch. Hersteller

<p

entsprechend eindrücklich (Lebhafte, anhaltender Beifall im Zentrum.)

Reichsanzler Dr. v. Retzmann-Hollriegel:

Herr Spahn hat von der lieben Erregung gesprochen, in die das Katholische Volk durch den letzten Bundesentschließungsbeschluss versetzt worden sei. Wenn sie sind seit Jahrhunderten religiöse Streitigkeiten verhängnisvoll und blutige Kapitel der deutschen Geschichte gewesen. Das betrifft ein Volk wie das deutsche nicht. Aber die Wogen gehen auf beiden Seiten hoch, denn auch aus evangelischer Seite sind gähnende Auseinandersetzungen laut geworden, welche der ersten Bedrohung vor der Jurisdiktion des Ordens Jesu Ausdruck geben. Wir sollten uns in dieser Frage von der Erregung der Gewalt möglichst freihalten. Sächsische Politiken bei der Handhabung des Jurisdiktionsgesetzes sind nicht angewendet worden, darüber werden sich die Katholiken auch klar sein. Das war im Interesse des konventionellen Friedens nur zu begrüßen. Reichsanzler und Bundesrat haben keinen Anlaß, an diesen Zuständen zu rütteln. Dann kommt der katholische Glaß, der uns nötige, uns erneut mit der Ausführung des Jurisdiktionsgesetzes zu belästigen. Das muß ich gegenüber den erregten Klagen im katholischen Kreis ausdrücklich vor dem Lande feststellen. (Zehn radikal) Damit identifizierte ich mich in keiner Weise mit den Vorwürfen, die in der öffentlichen Meinung die katholische Regierung erlobt worden sind, als hätten sie sich gegen das Reich ausspielen wollen. Darauf kann niemand

denken, der weiß, mit welcher Feindseligkeit und über alle Neinen Sonderinteressen eindringen kann. Keine Verein zum Reiche steht. (Bravo rechts.) Was hat nun der Bundesrat beschlossen? Hat er etwa das Jurisdiktionsgesetz geändert? Das besteht ja jetzt 40 Jahren. Nur dann würde in die über alles Recht hinausgehende Erregung der katholischen Brüder verführen. Aber der Bundesrat hat nur die bestehende Parole der Ausübung des Gesetzes modifiziert. Herr Spahn behauptete allerdings, es bedeute eine Verklammerung des bestehenden Jurisdiktions. (Zehn radikal im Zentrum.) Es ist aber nicht die Rechte des Bundesrates, den Gewohnheiten materiell irgendwie neu zu ordnen, mit dem er sich ohne das Vorgehen. Voraus ist das nach Bedeutung hätte. Wenn Herr Spahn nun in seiner Erklärung der Regierung das Jurisdiktionsgefündigt hat, und wenn Sie ihm gestatten danach die geläufigen politischen Verhältnisse einzutragen wollen, so bedeutet das nichts anderes, als daß Sie die Präzedenz zum Geltun ihres politischen Programms machen. (Zehn radikal bei den Nationalsozialisten) Aber neben den 25 Millionen Katholiken leben doch 40 Millionen Evangelische im Deutschen Reich, die sich seit jeher gegen die Räthe der Jesuiten sehr heftig gewandt haben. (Zehn radikal rechts). Die treibende Tätigkeit der Jesuiten auf allen Gebieten, ihr internationale Charakter, ihr Widerstand gegen die Einführung des modernen Staatsgelehrten, haben den Leuten wiederholt nicht nur in protestantischen Landen, sondern auch in rein katholischen Ländern mit den Regierungen im Widerstand gebracht. (Deutsche Schreie)

richtig! Möge uns das Geschick von der Wiederkehr den bewahren, in denen um das Blaue Band müssen die Juhten untereinander entschieden werden. Derseligenen, die jetzt den Siedlern Beurteilung den Bundesratsbeschluss als die Verhinderung des Kulturaufbaus darstellen, haben eine schwere Reaktion und der den Nationalsozialisten.)

Abg. Gustav Weltzky (kons.): Wir können uns der Rechte der Spahn gegen den Bundesratsbeschluss nicht entziehen. Die Beurteilung der bestehenden Praxis willigen auch nicht ab. Der Staat gibt uns ein gutes Bild einer geordneten Finanzierung. Das ist eine Folge der Finanzreform von 1903. (Es moet noch rechts. Laden links.) Die Wiederbeschaffung der Güterbeziehungen begnügt mir. Unsere Stellung zu den angeforderten Rechten behalten wir uns vorbehaltig vor, vor allem darüber, ob überhaupt eine neue steuerliche Belastung des Volkes notwendig ist. Eine solche Gestaltung des Staats ist besonders schlimm. Und den Verhältnissen ins Auge sehen und ruhig und entspannt das Richtige zu tun. (Bravo rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf verlegt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß: 151 Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

111. Sitzung vom 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Auf der Tagordnung stehen zunächst die Petitionen des Deutschen Bauernverbandes im sonstigen Sachen und des Bundes der Gärtnerei aus Anwendung des Landesförderrats. Die Deputation (Vorstandsvorsitzender Abg. Sommer, Vors. des Landwirts.) beantragt, die Petition des Deutschen Bauernverbandes, soweit sie sich auf die Bezeichnung der landwirtschaftlichen Mitglieder des Landesförderrats bezieht, der Restierung zur Erwähnung, sowie sie sich auf eine größere Verhinderung der Bäuerlichkeit im Landesförderrat beziehen, ebenso die auf den gleichen Sachen gerichtete Petition des Bundes der Gärtnerei in dem Sinne der Regierung zur Kenntnis zu nehmen und zwar überreichen, daß den Gärtnern in Gartendienstlegenden mehr beizugeschneide Stimmen als bisher im Landesförderrat zugesetzt werden, im übrigen aber die Petition auf das Bernhards zu lassen.

Abg. Blank (kons.): Spricht der Deputations für die wohlbewilligte Behandlung der Petitionen seinen Dank aus und gibt der Berichtigung darüber Ausdruck, daß die Regierung das Recht über die Umgestaltung des Landesförderrats zugesagt habe, nachdem es die Deputation der Ersten Kammer abgelehnt habe.

Abg. Uhlig (kons.): Auch wir begrüßen das Deputationsvolumen und die Freigabe, momentan als die Angelegenheit der Reformierung der Ersten Kammer zurückzumachen zu können, nachdem die Regierung die Angelegenheit durchsetzung des Beschlusses der Deputation in der zweiten Kammer entschieden hatte. Sofern das Deputationsvolumen zu deuten wäre es doch wünschenswert gewesen, auch die Frage zu erwägen, das Wahlrecht auf etwas breitere Grundlage zu stellen. Als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechtes zum Landesförderrat wird jetzt das Vordertreten von 120 Abgeordneten gefordert, was einer Grundfläche von etwa 800000 gleichkommt. Es gibt aber auch unter 120 Abgeordneten noch Interessen, die einer Vertretung im Landesförderrat bedürfen. Die Juristizierung des Bezirks nach dem ablehnenden Votum der Gesamtversammlung der Ersten Kammer war jedoch erreichbar, noch in darin eine besondere Hochachtung vor dem Willen der zweiten Kammer zu erheben, es ist darin vielmehr eine große Geringfügigkeit der zweiten Kammer zum Ausdruck gekommen. Die Regierung kennt überhaupt keine andere Meinung zu haben als die der zweiten Kammer. Es ist auch nicht einzusehen, daß es erreichbar gewesen wäre, als der Minister erklärt, die Vorlage nur eingereicht zu haben, nochdem sich der Landesförderrat für eine Reformierung ausgesprochen hätte. Wenn dann doch nicht ausnahmsweise, daß die Regierung nicht weiß, was sie tut, hat sie doch die Verantwortung für ihre Vorlagen zu tragen. Es ist das also eine Argumentation, die mir ein Hemmchen um die Erste bedeutet. Alles Hemmchen kann über nichts daran ändern, daß die Meinung der zweiten Kammer für die Regierung maßgebend ist. Dagegen muß sich die zweite Kammer entscheiden müssen. Der Minister hat damals auch erklärt, die Regierung sei etwas zu faul den Bürgern der Lüden entgegangen. Von einer Konzession an die Linke kann aber gar keine Rede sein, es handelt sich vielmehr um einen Beschuß der zweiten Kammer, der mit 54 gegen 22 Stimmen gefallen ist. Eine Popularisierung des Landesförderrats ist notwendig in der Richtung, daß der Landesförderrat eine stärkere Rücksichtnahme mit der kleinen Landwirtschaft erlangt und leichter eine höhere Vertretung in der Landwirtschaft erhält. Der Landesförderrat soll eine Vertretung der Landwirtschaft in allen ihren Stufen sein, nicht bloß in landwirtschaftlicher Beziehung, sondern in allen Fragen. Es sei nur an die Stellungnahme des Landesförderrats zur Frage der Mädchenschulbildungsschule erinnert. Wenn der Einfluss der wirtschaftlichen Landwirtschaft im Landesförderrat gefördert wird, dann werdet auch mit der Mädchenschule im Landesförderrat anders ausfallen, zum Vorteil der gesuchten Landwirtschaft. (Wolff links.)

Abg. Dresden (Aarau, Wolfsburg, Volsp.) untersucht die Forderung des Vorstandes, daß das Wahlrecht zum Landesförderrat auf etwas breitere Grundlage geöffnet werden möchte.

Ministerialdirektor Dr. Koscher: Die Regierung hat schon 1906 festgestellt, daß es ein Bedürfnis zur Vermeidung des Landesförderrats-Wahlkreises nicht auferkommen könne. Sie habe im vorigen Winter nur deshalb eine Vorlage den Ständen unterbreitet, nach dem sich weiterhin auch der Landesförderrat für eine Reformierung der Ersten Kammer erneut gewidmete. Nachdem aber in der Deputation der Ersten Kammer erneut gewidmete Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht worden waren, daß sie sich nicht in der Lage, diesen Bedenken entgegenzutreten und die Vorlage im Plenum zu vertreten. Nebenwegen berührte das Wahlrecht zum Landesförderrat auf breiterer demokratischer Grundlage und nicht wesentlich einhergehend mit dem Großgrundbesitz. Die kleinen und mittleren Landwirte sind schon jetzt in der Zone, den Landesförderrat ihnen zugeschlagen entsprechend zusammenzutragen. Wenn bisher vorliegend Großgrundbesitzer genannt worden sind, so hat dies seinen Grund darin, daß sie als Vertreter der gesuchten Landwirtschaft angesprochen werden. Neuerdings fragt man allerdings einen Vorgesetzten zwischen den großen und kleinen Landwirten zu konkurrieren. Die Beteiligung an den Wahlen ist auch sehr groß. Die Regierung erhält sich erneut bereit, die Stimmabgabe sollen bei den Wahlen im Interesse einer zahlreichen Wahlbeteiligung zu verhindern.

Abg. Oppert (kons.) in über die soeben erfolgte Begründung der Juristizierung des Bezirks sehr erstaunt; auch er sieht sich über das Votum der Deputation.

Abg. Friedrich (kons.): meint, das Interesse der Linken für die Landwirtschaft wäre angebracht gewesen bei der Frage des Mädchenschulbildungsschulbesuches. (Lachen links.) Da habe man aber hunderte von Petitionen unveröffentlicht gehabt.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Abg. Dr. Dietel (kons.), Abg. Friederich (kons.) und Schöpfer (kons.) beteiligen, wird der Deputationsantrag zum Beschuß erhoben.

Es folgt die Schlussberatung über den schriftlichen Bericht der Reichsverschaffungsdeputation über den Antrag Cotta und Genossen (kons.) gegen

Anstellung eines Landesgewerbeamtes.

Die Deputation beantragt, den Antrag der Staatsregierung zu einer Berücksichtigung zu überwerfen.

Abg. Linke (kons.) verzweifelt auf den schriftlichen Bericht und fordert, daß die Deputation das Material, das die Regierung aus anderen Ländern gesammelt hat, geprüft und gefunden hat, daß man überall da, wo ein Landesgewerbeamt eingesetzt ist, mit dieser Einrichtung günstige Erfahrungen gemacht hat. Aus den Berichten aus Sachsen, Württemberg und Baden geht hervor, daß sich dort die Landes-

gewerbeämter geradezu unzureichend gemacht haben. Rednet bitte den Antrag der Deputation einstimmig anzunehmen.

Abg. Singer (kons.): spricht sich nunmehr des Mitberichtsstatters diesem Antrage an.

Abg. Koch (Aarau, Wolfsburg): weiß darauf hin, daß das Gutachten des Landesgewerbeamtes in dieser Angelegenheit zurückhaltend und sogar zweideutig ist und für eine Erweiterung der Tätigkeit der Beauftragten unbedeutend auf dem Gebiete der Gewerbeaufgaben eintritt. Es liegt sich aber, ob die Beauftragten bei ihrer vielfältigen Tätigkeit noch mehr Zeit haben. Deshalb scheint das Gutachten des Vorsitzenden eigentlich durchaus durch die Ausstellung eines Landes-

gewerbeamtes zu sprechen.

Abg. Schmid (kons.): erwartet, daß die Tätigkeit der Landesgewerbeämter nicht zu einer Schlange gegen die Arbeitgeber führen wird.

Abg. Dr. Rittermeier (kons.): erläutert, daß ihm das Deputations-

volumen ziemlich vorweg steht. Wenn er auch nicht einen Abstand zwischen sich und, so bitte er doch die Regierung, den Deputations-

beschuß herausgezogen, in dem Sinne aufzulassen, daß nun im Galopp-

tempo vorgegangen werden müsse.

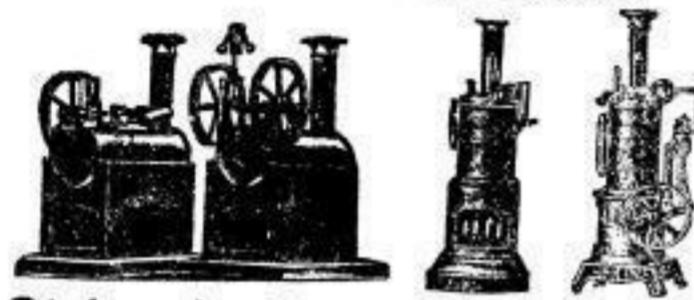
Abg. Schmitz (kons.): Nach den Ausführungen des Abg. Dr. Rittermeier kommt mir die Meinung sein, daß wie einen Abstand unternehmen sollen, die ohne Beispiel und noch weniger berührt worden ist. Dabei gibt es bereits eine große Mehrheit von Ländern, wie England, Belgien, Holland, Ungarn usw., wo Gewerbeämter in Hauptämtern tätig sind. Wenn Dr. Rittermeier gesagt hat, die vorliegende Regelung freche ihn fast, gut nicht über die Tätigkeit ihres Landesgewerbeamtes aus, so ist darum hinzuzufügen, daß in Bayern der Landesgewerbeamt erst seit 1909 eingesetzt ist. Die Erfahrungen sind also nur auf kurze Zeit erfreut. Dauerhaft geht aus dem Bericht des Beauftragten selbst hervor, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht die moralische Anerkennung der Gewerbeverbände und der Gewerbeaufsicht erhalten. Der Beauftragte des Reichsverbandes ist aus dem Bericht des Beauftragten selbst herzuleiten, daß die Tätigkeit desselben sehr umfangreich ist und zum Vorteil der bürgerlichen Gewerbe amtschaft gestaltet ist. Die Erörterung ist also in einer armen Reihe von Staaten vorhanden und hat bis jetzt nicht

J. Bargou Söhne

Dresden, Wilsdruffer Str. 54, am Postplatz

Turn-Geräte, beste Fabrikate.
Schwebe-Ringe mit verstellbaren Seilen.
 Paar 2. 2.90 u. 8.75 Mf.
Sicherheits-Haken für Turngeräte und Schaukeln
 Paar 25 und 45 Pf.

Modell-Dampfmaschinen
erstklassige Fabrikate.
 Jedes Stück in der Fabrik geprüft.



Stehende Dampfmaschinen
 für Spiritusheizung, mit Messingfessel und Spieße.
 Städ 1.10, 2. - 2.50, 2.90 bis 4. - Mf.

Modell-Dampfmaschinen
 liegend.
 Mit Spiritusheizung, Messingfessel
 Städ 95 Pf. 1.50 Mf.
 Mit f. exidierten Reffeln und ver-
 nickelten Garnituren
 Städ 2.90, 4.50, 6.50, 8. - 9. -
 12. - und 15. - Mf.

Fahrbare Lokomobile:
 vor- und rückwärts fahrend, auch als Motor zu benutzen,
 Städ 5. - 8. - und 11.50 Mf.

Betriebs-Modelle
 Anhänger für Motoren



Betriebsmodelle mit beweglichen Figuren.

Komplette Turn-Apparate

bestehend aus **Schweberingen, Trapez u. Schaukel**
 Garnitur 2.90, 3.75, 6.00 und 7.50 Mf.

Gitter-Schaukeln, Städ 2.10, 3. -
 Brettenschaukeln, Städ 1.90 und 8.75 Mf.



Eisenbahnen mit Uhrwerk

Lokomotive mit sehr lange laufendem Regulatorwert, schnell und langsam fahrend, mit Bremsen und Schienen-Anlage 2.90 Mf., mit grösserer Schienen-Anlage 3.50 Mf., mit ein Paar Weichen 4.50 Mf.

Eisenbahnen mit Uhrwerk

mit extra starker Kraft-Lokomotive, Regulatorwert und Bremsen, vor- u. rückwärts fahrend, mit Weichen, 5.50 u. 8.50 Mf.

Große Eisenbahnen mit Uhrwerk
 mit extra starker Kraft-Lokomotive mit Regulatorwert und Bremsen, vor- und rückwärts fahrend, mit großer Schienen-Anlage 8.50 Mf. Diesellope mit Steigung 10. - Mf., mit ein Paar Weichen 12. - Mf.

Dampf-Eisenbahnen

komplett, 5.50, 9.50, 12.50, 14.50 und 20. - Mf.



Nähmaschinen

für Kinder
 Städ 0.90, 1.50 und 3.00 Mf., wie Abbildung, sehr solid und leichte Handhabung.

Städ 4.50, 5.50 und 7. - Mf.

Nähmaschinen-Nadeln
 dazu, Brief 45 und 75 Pf.
 Garn dazu, Rolle 10 und 15 Pf.

Pferde-Ställe

solide Fabrikate, mit Wagen und Pferd 45 Pf., mit zwei Pferden 95 Pf., mit drei Pferden u. Rollwagen 1.50, 2.25 Mf., groß, mit 3 großen Pferden u. Rollwagen 2.90, 3.50 Mf., in feinst. Ausführ., mit großen Pferden, mit Hufeisen u. w., Städ 5. - 7. - 7.50 und 9. - Mf.

Stallpferde auf Brett mit Rädern, Städ 15, 25, 35 und 55 Pf. Kleine, feine Tiere mit Stoffüberzug, Esel, Ziegen, Pferde und Kühe, Städ 45 Pf. - Kleine Wagen, 2- und 4-rädrig.



Kochherde
 mit Spiritus-Brenner
 und Kochgeschirr

Städ 25, 45, 65 Pf. 1.50, 2.50, 3.50, 4.50 Mf.



Fussbälle, Ba. engl. Babifat, in Städ.
 Städ 8.25, 4. - 4.75, 5.50 Mf.

Fussbälle in Schafleder
 mit Gummiblaue, in verschiedenen Größen
 Städ 1.10 und 1.80 Mf.

Zauber-Kasten

mit reichlichem Inhalt und Anleitung zur Ausführung d. Kunststücke, macht sehr grosses Vergnügen
 Raaten 45, 95 Pf. 1.50, 2.25, 2.90, 4.50 bis 6. - Mf.



Puppen-Theater mit Ausstattung
 Städ 1. - 2.90, 4.50 und 6. - Mf.

Kasperle-Theater mit Kasperle-Figuren
 Städ 0.95, 2.90 und 5. - Mf.

Kasperle-Figuren extra, Städ 20, 35, 50 und 65 Pf.



Kaufmannsladen
 mit Ladentafel und reichlicher Füllung
 Städ 45, 95 Pf. 1.25, 2. - 2.90, 3.50, 4.50, 6.00 und 7.50 Mf.



Wiege-Schalen mit Gewichten

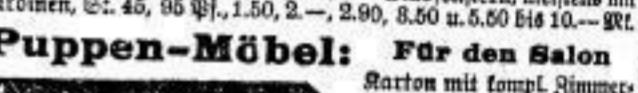
für Kaufmannsläden, Städ 10, 25, 42, 85 Pf. 1. - und 1.50 Mf.

Puppen-Küchen in Holz

lackiert, Städ 90 Pf. 1.75, 2.90, 4.50 und 7.50 Mf.

Puppen-Stuben

mit 1 und 2 Zimmern, fein tapziert, mit Gläsernfenster, meistens mit Gardinen, Städ 45, 95 Pf. 1.50, 2. - 2.90, 3.50 u. 5.50 bis 10. - Mf.



Puppen-Möbel: Für den Salon

Karton mit komplett Zimmer-Einrichtung, 45, 95 Pf. 1.50, 2.50, 2.75, 4.50 u. 6.50 Mf.

f. die Schlafstube

Karton 45 und 95 Pf.

Küchen-Möbel

in Kartons, m. reich. Innenausstattung, 45, 95 Pf. 2.90 und 3.50 Mf.

Eine alte Möbel in grösster Auswahl f. Salons u. Küchen

Städ u. 20 Pf. bis 1.25 Mf.

Kochherde

In feinster lebendfrischer Ware eintreffend:

Seefische

II. Kabeljau ohne Kopf,
 im Unschmitt 28 Pf.

II. Schellfisch, Pfund 22, 33, 42 und 50 Pf.

II. Seelachs, ohne Kopf im Unschmitt 30 Pf.

II. Fischfilet, ohne Haut u. Pfannenfertig zubereitet Pfund 60



lebende Karpfen Pfund 85 Pf.

Webergasse 17

Dresdner Fischhallen **Telephon 10.**

Kleine Anzeigen

Uhrketten und Ringe

Arno Friess, Karlsstr. 11.

Zugharmonikas wird repariert

ert. Garmon. Struvestr. 80, 8.

Für Händler und Hantierer

bill. Weihnacht- u. Neujahrskarten

Postkartenwagen m. 4. - R.

bill. Jalousie, Elbfstr. 10, 2. L.

Gründl. soz. zum Sprechen führt.

Unterricht in Englisch u. Französisch.

ert. Garmon. Struvestr. 80, 8.

Für Händler und Hantierer

bill. Weihnacht- u. Neujahrskarten

Knautho, Röhrholzgasse 14.

Wiederverkäufer

f. Weihnachts-, Neujahrspostkarten usw. Garant. 5.-6 M. Lagerver-

dienst. Peilen, Telefon 1. 8. 10.

Fahrrad-Mantel

Gländche, Ketten, Fedale usw.

sowie alle Reparaturen schnell und

preisw. O. Schneider, Schusterstr. 11

Postwagen, Räppelwagen, verl.

gang bill. Steinhardtstr. 5, 1.

Polstermöbel

in neu angefertigt u. umgearbeitet

Großenbauer Straße 144.

Schaukelpferd und Puppenwagen

a 4 M. zu verl. Oppeltstr. 19, 1.

Gute Aepiel, Dresd. 35 Pf.

Schmiede Ober-Bachwitz,

Gebr. Winterberg, Ulmerstr. 11. Sachsen

verl. Bill. Röhner, Webergasse 14.

Gegenstände kauft in ff. neuen u.

geit. Antiqua, Bilder, W.-Objek., Schuh-

zub., jed. annehmb. Et., all. spottbill. S.

Schneiderinstr. Gelehr. Dresd. 8. I.

Räder geb., freil. 2.

Amb. u. Wohl.

Räder, Neue Corp.-Gebäude

bill., 1. Welt. Mantel, Schu-

Batern, 1. Platz, 1. Gebäu-

geb., Bill. v. d. Marschallstr. 10.

Gewissen-repar. Uhren

Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. nur

Drehpasse 1 a. I. Etage

Noujahrs-Karten

für Wiederverkäufer empf.

Knautho, Röhrholzgasse 14.